WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FdA

IFA

IAF ИФА IFA

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck-ch
a4druck.ch

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu/

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

Schwarze Ruhr-Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.wordpress.com

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
nigra.noblogs.org

A & O Kassel
Kontakt: kassel_A@riseup.net
a-o-ks.org/

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.eu/

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

Libertäre Aktion Frankfurt (Oder)
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
laffo.blogsport.eu

Schwarz-Lila-Antifa (Thüsterberg)
Kontakt:schwarz-lila-a@riseup.net
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

e*vibes (Dresden)
Kontakt: e_vibes@riseup.net
evibes.org

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Einen anderen 改道 Weg gehen...

N°73 - 01.2017

GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Das Problem heißt Patriarchat - Einige Gedanken zum Fall Maria L. und des rechtspopulistischen Interesses für die Rechte der Frau
Was Anarchist*innen seit Jahren sagen und was Liberale endlich hören müssen
Anmerkungen zu anarchistischer Organisierung

★

Editorial

Liebe Leser*innen,

am 22. Dezember wurde unser Genosse Hüseyin Civan zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt. Hüseyin war Chefredakteur der Zeitung Meydan, die von der Devrimci Anarsist Faaliyet (DAF, dt.: Revolutionäre Anarchistische Aktion) herausgegeben wird. Der türkische Staat verurteilte ihn für drei Artikel, die in der Meydan-Ausgabe vom Dezember 2015 erschienen waren. Bei ihnen handele es sich um „Propaganda für die Methoden einer terroristischen Organisation".
Dieses Urteil ist nicht verwunderlich. Alle Ideen und Werte, für die Anarchist*innen stehen, sind für den türkischen Staat extrem gefährlich, seien es Gleichheit der Geschlechter, Arbeiter*innenrechte, die Prinzipien der gegenseitigen Hilfe oder der individuellen Selbstbestimmung. Die Verhaftung fügt sich deshalb in eine Reihe von Repressionsmaßnahmen der Regierung unter Präsident Erdogan gegen jegliche Opposition, insbesondere gegen Linke und die kurdische Befreiungsbewegung, die auch von der DAF unterstützt wird. Die Zahl der Verhaftungen und Entlassungen geht in die Tausende.
Die Redaktion der Meydan schrieb zum Urteil: „Als anarchistische Zeitung, die weiß, dass das freie Leben, an das wir glauben, nur durch Kampf entstehen kann, werden wir niemals aufgeben, zu schreiben, wofür wir stehen und zu verbreiten, was wir schreiben. Wir werden weiterhin Widerstand leisten im Handeln und Schreiben, gegen Unterdrückung, polizeiliche Ermittlungen, Gewahrsam und Haft.“ Bei diesem Kampf werden sie unsere Solidarität brauchen.

Die Repression in der Türkei ist nicht das Einzige, was uns auch im kommenden Jahr beschäftigen wird. In dieser Ausgabe findet ihr u.a. einen weiteren Text aus den USA nach der Wahl Trumps und einen Nachtrag der Alpine Anarchist Productions zu anarchistischer Organisierung. Viele Spaß beim Lesen!

Wir wünschen euch und uns ein erfolgreiches neues Jahr, ein Jahr mit deutlich weniger schlechten Nachrichten.
Bleibt kämpferisch und unangepasst!

Euer Gai-Dào-Redaktionskollektiv

Impressum:

Herausgerber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Quer-schnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

AnaKK_in – anarchistisches kaffee kränzchen
Stammtisch: 4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Tresen: Jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr
Vokü: Jeden 3. Dienstag im Monat ab 20 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
Tresen und Vokü immer mit wechselndem Programm
Infos dazu auf: anarchistischegruppe.noblogs.org.

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

Bunter Abend vom Anarchistischen Kollektiv Glitzerkatapult
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr, Linienstraße 206 (U8 Rosenthaler Platz)
Veranstaltungsabend mit wechselndem Programm und Küfa
Infos dazu auf: glitzerkatapult.noblogs.org

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Cafe 100“
Alaunstraße, Dresden-Neustadt

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
Jeden Donnerstag 18-20 Uhr, WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

cafém – feminismus zum kennen_lernen
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogsport.de/cafem)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

GÖTTINGEN

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen
Halboffene Gruppe mit verschiedenen Schwerpunkten (aktuell: Arbeitskampf an Hochschulen, anarchistische Agitation und Freiräume)
Kennenlernen jeden letzten Sonntag im Monat ab 15 Uhr im JuZI (Bürgerstr.41 – Göttingen) beim anarchistischen Café.
Mailadresse: asjgoe@ungehorsam.ch

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Mittwoch im Januar, April, Juli und Oktober ab 19 Uhr
Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr vegane Vokü
jeweils in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr im Infoladen des Autonomen Zentrums
Luxemburger Str. 93, Neustadt-Süd, Köln (U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden 1. und 3. Dienstag ab 18:30 in der Wurze, (Wurznerstr. 2, 04315 Leipzig)

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (+ Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MÜNCHEN

Anarchistisches Kafe + Vokü
Jeden 2. Donnerstag Abend im Monat im Kafe Marat, Thalkirchnerstraße 102, 80337 München

NÜRNBERG

Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

zumindest dem Großteil der Bewegung klar. Die unermüdliche geistige Aufmerksamkeit einiger kubanischer Anarchist*innen wird durch Konzepte wie den folgenden besonders deutlich: „Die Enteignung kapitalistischer Konzerne und deren Übergabe an die Arbeiter*innen und Techniker*innen, das ist Revolution", „diese aber in staatliche Monopole umzuwandeln, in denen das einzige Recht der*des Produzent*en der Gehorsam ist, das ist Konterrevolution". Trotz dieser Bemühungen, schien der Castrozismus den ideologischen Kampf Ende der 60ger Jahre gewonnen zu haben, was dazu führte, dass leider auch einige mehr oder weniger Libertäre in Europa und Mittelamerika, immer mehr dazu neigten, die kubanische Revolution Castros zu unterstützen.

Einen Wendepunkt dieser Situation, verursachte die Publikation des Buches „The Cuban Revolution: A Critical Perspective" von Sam Dolgoff, 1976 in Kanada, welches weit verbreitet wurde und das „eine aufrührerische Wirkung auf die Linke im Allgemeinen und die Anarchist*innen im Speziellen hatte". Das Buch stellte einen treffend kritischen Ansatz zum Castro-Regime dar, welcher den Kampf der MLCE (wegen angeblicher Reaktion angeklagt) betonte und dessen internationale Anerkennung begünstigte. Sein Eindruck auf den internationalen Anarchismus und sogar andere linke Strömungen war beachtlich. In den darauf folgenden Jahren war die Veröffentlichung, der von der MLCE getragenen Zeitschrift „Guángara libertaria" („Libertäres Lebensgefühl") bemerkenswert, welche 1979 gegründet und bis 1992 in den USA herausgegeben wurde. In der letzten Jahren trat das Bulletin „Cuba libertaria" der „Grupo de apoyo a los libertari@s y sindicalist@s independientes en Cuba" (Hilfsgruppe für Libertäre und unabhängige Syndikalist*innen in Kuba) hervor, dessen erste Nummer im Februar 2004 erschien. Derzeitig ist es wohl auch eine Pflicht der internationalen anarchistischen Bewegungen, das Netz des „Observatorio crítico cubano" (Kritisches kubanisches Observatorium) zu unterstützen, welches mit einem deutlich antiautoritärem und selbstbestimmten Charakter interne und externe soziokulturelle Projekte auf die Beine stellt.

Wenn etwas den Mythos der kubanischen Revolution begünstigt hat, dann war es wohl das verbrecherische Handelsembargo der USA gegen Kuba, welches noch bis in unsere Tage reicht, obwohl Obama bereits den Anfang einer Besänftigung der Kontakte initiierte. So unerträglich dieses US-amerikanische Handelsembargo ist, so unerträglich war auch das, was die Castros in der kubanischen Gesellschaft etabliert hatten. Die Wahl zwischen Schlechtem und noch Schlechterem scheint manchmal einer menschlichen Denkart zu entsprechen, ist eigentlich aber armselig und betrügerisch. Das Schlechte bleibt weiterhin schlecht. Es sollte vielmehr darum gehen, einen Weg zu wählen, welcher auch schon in seinen Mitteln Gerechtigkeit und Freiheit sichert, so wie ihn historisch betrachtet die Anarchist*innen von der kolonialen Epoche bis zum aktuellen totalitären System seit jeher gegangen sind. Leider existieren aber keine wirklich sozialen, politischen Bewegungen mehr auf Kuba, da die einzige politische Repräsentationsform ja vermeintlich durch die Kommunistische Partei und die „Unión de jóvenes comunistas" (Union der kommunitischen Jugend) gedeckt ist. Die kubanische Regierung scheint doppelt verkehrt zu sein in ihrer inneren Bedingung, besänftigt durch die Verherrlichung ihrer eigenen Errungenschaften und indem sie sich anmaßt eine moralische Autorität zu sein, welche sich auf ihre angeblich transformierende und fortschrittliche Natur beruft. Nach dem Tod von Fidel Castro hat die kubanische Regierung mit der Führungsübernahme seines Bruders Raúl ihren geplanten Fortbestand verdeutlicht. Die Fähigkeit des verstorbenen „Kommandanten", so seine Legislatur verewigen zu wollen, ist wirklich erschreckend.

Der Prozess, der in der letzten Zeit mit dem Beginn der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA und einigen internen, offensichtlich liberalen Reformen (auch wenn die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft gesichert blieb) begonnen hat, scheint eine neue kapitalistische Etappe auf der Insel zu eröffnen und ähnelt dem chinesischen „Kommunismus", da auch dieser eindeutig von den gleichen politischen und militärischen Eliten geführt wird. Wir erinnern uns, dass in Kuba, trotz der Schwierigkeiten des Handelsembargos, dennoch Firmen und Konzerne des internationalen Kapitalismus agieren und agierten. Wie in vielen anderen „marxistischen Erfahrungen" hat sich auch hier der angebliche Sozialismus zu einem Staatskapitalismus und einer traurigen und verkehrten totalitären Praxis entwickelt. In den pseudosozialistischen totalitären Staaten genauso wie in den sogenannten „liberalen" Staaten bleiben die vorherrschenden Paradigmen eben Ausbeutung und Herrschaft. Die anarchistische Kritik an jeder Form von Ausbeutung und Herrschaft, hat dies zutreffend bewiesen.

DONDE HAYA EXPLOTACIÓN HABRÁ VIOLENCIA
GUÁNGARA
LIBERTARIA
VERANO 1992 A LA LIBERTAD POR LA LIBERTAD VOL. 13 No. 5

Originaltext
http://reflexionesdesdeanarres.blogspot.de/2016/11/la-revolucion-cubana-una-mirada.html (Spanisch)

Inhalt

FdA/IFA

04 *Aufnahme des anarchistischen Buch- und Kulturzentrums Black Pigeon als Assoziiertes Projekt der FdA*

Lokales

05 *Das Problem heißt Patriarchat*
Einige Gedanken zum Fall Maria L. und des rechtspopulistischen Interesses für die Rechte der Frau

Analyse & Diskussion

08 *Anmerkungen zu anarchistischer Organisierung*

11 *Was Anarchist*innen seit Jahren sagen und was Liberale endlich hören müssen*

17 *Die libertäre Idee des Sozialismus*
Eine anarchistische Anmerkung zur „Idee des Sozialismus" von Axel Honneth

23 *Nachtrag zur anarchistischen Stadtpolitik*
Mit einer Vorbemerkung zur Sprache

Kultur & Alltag

28 *Die geheime Welt von Terijian*
Ein Ausschnitt

Weltweit

29 *Die kubanische Revolution*
Eine libertäre Perspektive

Termine

31 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen" (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Aufnahme des anarchistischen Buch- und Kulturzentrums Black Pigeon als Assoziiertes Projekt der FdA

★ *Von: Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum Black Pigeon*

Wir freuen uns sehr, als erste Räumlichkeit Teil der FdA-IFA zu werden! Da das letzte Föderationstreffen in unseren Räumlichkeiten stattfand, konnten sich viele Genoss*innen aus anderen Städten abseits von Erzählungen einen Eindruck von unserem Zentrum machen. Wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass sich Räume, Kollektive und andere Infrastrukturen stark mit der anarchistischen Bewegung vernetzen. Umso mehr Projekte der unterschiedlichsten Art in der FdA organisiert sind, umso besser kann die FdA Impulse im alltäglichen Kampf für Herrschaftsfreiheit setzen.

Das Black Pigeon versteht sich explizit als Infrastruktur für organisierten Anarchismus. Viele Menschen haben sich bereits direkt oder indirekt über das Black Pigeon lokal und regional in der Bewegung organisiert, neue Gruppen sind entstanden und das alles in der Verbindung mit Nachbar*innenschaftsarbeit in unserem Viertel. Unser Projekt ist also ein gutes Beispiel dafür, dass durch die explizit anarchistische Ausrichtung/Benennung neue Strukturen enstehen können. Also: Versteckt euch nicht damit, dass ihr Anarchist*innen seid. Offen mit unseren Ideen umzugehen, führt dazu, dass herrschaftskritische Ideen präsenter werden und wir uns nicht zu verbiegen brauchen. In unserer alltäglichen Arbeit sehen wir, dass viele Menschen mit unseren Ideen sympathisieren, es gibt also keinen Grund sich zu verstecken. Wir würden uns freuen, wenn wir nur der erste Raum sind, der sich mit der FdA verbindet. Über das Konzept "Assoziierte Projekte" können wir Synergieeffekte schaffen, die auch die gesamte Bewegung voranbringen!

Gemeinsam der Zukunft entgegen – es lebe die Anarchie!

Kontakt
blackpigeon.blogsport.eu
black-pigeon@riseup.net

Anzeigen

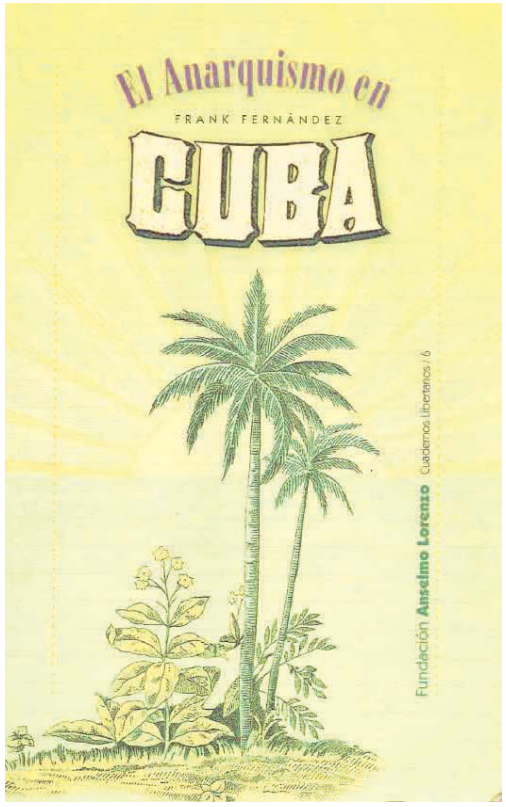
Die kubanische Revolution Eine libertäre Perspektive

★ *Von: Capi Vidal / Übersetzung: Benjamin*

Die kubanische Revolution, wie auch das, was sich neuerdings unter dem Begriff „bolivarianisch" ereignete, hat weit und breit für leidenschaftliche Zustimmung aber auch Ablehnung gesorgt, oft auch ohne mögliche Zwischenpositionen zwischen diesen beiden Extremen zuzulassen. In Wirklichkeit aber ist der von Marx begründete Kommunismus immer wieder gescheitert, seine vermeintlich wissenschaftliche Theorie ebenso sehr wie seine politischen Experimente. Dieses Scheitern ist hier in Bezug auf authentisch revolutionäre und sozialistische Begriffe zu verstehen. Trotz der missglückten Praxis, durch eine Verneinung der Freiheit in allen Lebensbereichen und einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik (welche jedenfalls nie einer Arbeiter*innenselbstverwaltung entsprach und sich um diese auch nie bemüht hat) empfand eine bestimmte Linke immer wieder neue Berufungen in sogenannten „Staatsangelegenheiten".

Wir betrachten hier die mehr als ein halbes Jahrhundert bestehende „kubanische Revolution" nun aus der Sicht der anarchistischen Bewegung, dem freiheitlichen, selbstbestimmten Sozialismus anhängend. Im Kampf gegen den Diktator Batista, nahmen die Anarchist*innen logischerweise eine aktive Rolle ein. Sehr bald, mit der Machtübernahme Fidel Castros, fanden sie sich jedoch in ihren Reihen politischer Unterdrückung ausgesetzt. In ihren Publikationen warnten sie deshalb vor Autoritarismus, Staatszentralismus und der Vormachtstellung der kommunistischen Partei und sprachen sich für Basisdemokratie in den Gewerkschaften aus. Die kubanischen Anarchist*innen genauso wie einst auch die kubanischen Marxist*innen, setzten auf die Selbstverwaltung und die Emanzipation der Arbeiter*innen. Dennoch wich der Weg des kubanischen Staates leider durch seinen Mangel an Freiheit und Eigeninitiave, seinen Totalitarismus und seine Abhängigkeit vom sowjetischen Modell hiervon ab.

Sich diesem Desaster bewusst, verfassten die Anarchist*innen im Jahre 1960 eine Prinzipienerklärung durch die „Agrupación Sindicalista Libertaria" (Libertäre Gewerkschaftsvereinigung), in der sie sowohl den Staat, das von dem Reformsystem der Regierung durchgesetzte zentralistische Agrarsystem, sowie auch den Nationalismus, den Militarismus und den Imperialismus attackierten. Die Libertären blieben sich so ihren Konzeptionen der individuellen Freiheit als Basis des Kollektivs, des Föderalismus und der freien Bildung treu. Die gewöhnlichen Vorwürfe, die bis in unsere Tage reichen, die Anarchist*innen hätten sich auf die Seite der USA und andere reaktionäre Gruppen gestellt, scheinen noch nicht verschwunden zu sein. Zusätzlich bedeutete die Unterdrückung durch Castro, dass auch der Anarchosyndikalismus keinen Freiraum bekam, seiner Pressefreiheit beraubt wurde und seine Ideen nicht verbreiten konnte. So begann in den 60er Jahren der anarchistische Exodus und die wenigen militanten Anarchist*innen die auf Kuba blieben, erlitten einen elenden Despotismus.



In jenen ersten Tagen der kubanischen Revolution, bildeten diese im Exil Organisationen wie das „MLCE: Movimento Libertario Cubano en el Exilio" (Libertäre kubanische Bewegung im Exil) und schrieben libertäre Manifeste, die die totalitäre Kursrichtung kritisierten. Ein besonderes Werk stellt hierbei „Revolución y dictadura en Cuba" (Revolution und Dikatur in Kuba) von Abelardo Iglesias dar, welches 1961 in Buenos Aires, Argentinien veröffentlicht wurde. Dessen anarchistische Ausrichtung war

Die geheime Welt von Terijian – Ein Ausschnitt

„Die Geschichte dieses Kinderbuchs romantisiert die kriminellen Aktivitäten der Earth Liberation Front und ermutigt Kinder sich an ähnlich kriminellen Handlungen zu beteiligen."

Die Arbeiter*innen bewegten sich langsam vorwärts durch den Wald. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sie das Nest erreicht haben würden. [...] Er rannte los. Er rannte so schnell, wie seine kleinen Beine ihn tragen konnten. Er wich Bäumen aus, hüpfte über Baumstämme und rannte durch das hohe Gras, das in sein Gesicht peitschte. Er rannte durch seinen Hinterhof, seine Straße hoch und geradewegs zu Morikos Fenster. Seine kleinen Beine konnten ihn nicht länger tragen und als er laut an ihr Fenster geklopft hatte, brach er zusammen. Connor kniete auf dem Boden, als er wartete und schnappte nach Luft. Moriko öffnete das Fenser und schaute raus. „Connor, bist du ok?"

Connor nahm einen tiefen Atemzug. „Die Maschine..." „Connor, wir haben es schon versucht." Ihre Stimme klang hoffnungslos. „...sie fährt auf das Falkennest zu." Moriko wurde still. „Ich weiß, wir können den Wald nicht retten." Connor hob den Kopf und versuchte etwas Würde zu sammeln, während er nach Luft schnappte, „aber wir können versuchen den Falken zu retten." [...]

Im nächsten Augenblick rannten die beiden los zum Wald. Aber sie fühlten sich mehr wie Wölfe, schnell und wild. Schmerz schoss Connor in die Beine als er rannte. [...] Gerade als er dachte, er würde zusammenbrechen, erreichte er den Baum. Moriko schaute verzweifelt durch die Bäume. Sie sah einen großen alten Baum zu Boden fallen und sichtete die Maschine direkt dahinter. Connor legte seine Hände auf die Knie und flehte verzweifelt, „Moriko wir müssen es versuchen und irgendwas tun." „Ich weiß." Sie blickte durch die wenigen Bäume die zwischen ihnen und der vorrückenden Maschine standen. „Ich denke nach." [...] Connor dachte an alle möglichen Dinge, aber er wusste, das nichts davon funktionieren würde. Moriko schaute an der alten Eiche hinauf. Die Falkenmutter saß auf ihrem Ast und starrte wild auf die nahende Zerstörung.

„Connor, ich habs!" rief Moriko und spang rüber zu ihm. Sie schlang ihre Arme um den kleinen Connor und begann mit ihm im Kreis herum zu tanzen. „Ich habs, Connor! Wir klettern auf den Baum!" „Wir klettern auf den Baum?" Connor hörte auf zu tanzen und schaute hinauf durch die Äste. Sein Magen drehte sich um als er daran dachte hinauf zu klettern.„Natürlich!" Moriko hüpfte auf und ab und tanzte weiter. „Sie können den Baum nicht fällen, wenn Kinder darauf sind, Connor" „Ich weiß nicht..." Connors Stimme verlor sich. Seine Hand blieb auf dem Baumstamm. Er führte seine Finger über die rissige Oberfläche der Rinde. Moriko sah Connors besorgtes Gesicht und hörte auch auf zu tanzen. Moriko runzelte die Augenbrauen, als sie nachdachte. „Du brauchst nicht hoch gehen. Wir brauchen nur einen von uns oben im Baum. Außerdem, kannst du hier unten bleiben und sie warnen." [...]

Moriko legte ihre Arme um Connor und die beiden hielten sich gegenseitig fest und versuchten, die Angst aus sich heraus zu drücken. Als sie auseinandergingen, rang sich Moriko ein schwaches Lächeln ab. Der kleine Connor antwortete mit einem eigenen, ängstlichen Lächeln. Moriko griff nach einem niedrigen Ast und begann ihren Weg den Baum hinauf. Sie schwang sich von diesem Ast und zog sich auf den nächsten. Die Äste wuchsen so dicht in der Mitte, dass sie praktisch um den Baum herum wie auf einer Wendeltreppe hinauf ging. Connor schaute hinauf, als er Moriko beobachtete wie sie höher und höher kletterte. Er lehnte seinen Kopf bis auf die Schultern zurück und die kleine Moriko kletterte immer noch höher. Sie war fast ganz oben, als sie stoppte und sich auf einen Ast setzte, der nur ein paar Zentimeter unter dem Falkennest lag. Die Falkenmutter hatte Moriko die ganze Zeit beobachtet. Moriko schaute auf zu dem Falken und schickte ein kleines Lächeln zu dem Vogel. Der Vogel flatterte sanft mit den Federn, wie sie es getan hatte, als sie ihre Kleinen zusammengesammelt hatte. Die Falkenmutter und Moriko saßen auf ihren Ästen und starrten auf die näherkommende Bedrohung. Die Maschine kroch vorwärts. Das Geräusch der Maschine und die Kettensägen wurden ohrenbetäubend, als sie näher kamen.

Nur ein paar Bäume standen zwischen ihnen und dem Falkennest. Die Männer fuhren mit ihren Kränen zu den letzten Bäumen herauf und schnitten Äste ab. Währenddessen zerschnitt die Maschine einen anderen Baum, der in seinem Weg stand. Als Äste zwischen die beiden Bäume fielen, die vor Connor lagen, begann er, so laut er konnte, über das Surren der Sägen und das Tosen der Maschine zu rufen. „Stop!"

Einer der Männer, die eine Kettensäge schwangen, sah herunter zu Connor, der vor dem Baum stand. [...] Die Männer konnten die Rufe von Connor nicht hören, also zuckten sie bloß mit den Achseln. Die beiden Männer waren gerade dabei mit dem Fällen fortzufahren, als sie etwas sahen, dass sie beide überraschte. Dieser kleine, winzige Junge auf dem Boden, dem sie keine Beachtung geschenkt hatten, begann sich selbst auf einen Ast des Baumes zu ziehen. Die Männer stellten ihre Kettensägen ab...

Weitere Infos

"Die geheime Welt von Terijian" ist eine (Kinder-)Geschichte von Crimethinc. in der Connor und Moriko versuchen einen Wald vor der Rodung zu schützen. Das Anarchsitische Kollektiv Glitzerkatapult arbeitet gerade an einer deutschen Übersetzung.

Originaltext: http://www.crimethinc.com/blog/2015/06/09/the-secret-world-of-terijian-zine/ (Englisch)

Das Problem heißt Patriarchat

**Einige Gedanken zum Fall Maria L.
und des rechtspopulistischen Interesses für die Rechte der Frau**

★ *Von: Anarchistische Gruppe Freiburg*

Mitte Oktober wurde die junge Freiburger Studentin Maria L. auf dem Heimweg von einer Party der Fachschaft Medizin vergewaltigt und ermordet. Einige Wochen später kehrte Carolin G., eine junge Frau aus Endingen bei Freiburg, von ihrer Joggingrunde nicht zurück. Auch sie wird einige Tage später tot aufgefunden und auch in diesem Fall wird festgestellt, dass sie vergewaltigt worden war. Viele Frauen in und um Freiburg haben seitdem größere Angst, insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit, alleine unterwegs zu sein. In der linken und feministischen Szene wurde nach den beiden Morden darüber diskutiert, eine politische Aktion mit Bezug auf die beiden toten Frauen zu organisieren – jedoch entschied man sich aus Rücksicht auf die Wünsche der Familien der Ermordeten dagegen. Stattdessen fand am 25. November im Rahmen des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eine von Frauen organisierte Demonstration statt, um ein allgemeines Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Schnell wurden jedoch auch lokale Rechtspopulist*innen auf das Thema aufmerksam. Am 4. November organisierte ein AfD-Sympathisant aus Freiburg eine „Lichterkette mit Trauerzug", um an Maria L. „zu gedenken". Die Aktion war nicht mit der betroffenen Familie abgesprochen. Zu dem Aufzug erscheinen ca. dreißig Personen, darunter aber noch keine Aktivist*innen der AfD. Diese bemühten sich derweil, das Thema „sexuelle Belästigung deutscher Frauen durch Asylbewerber" online weiter aufzubauen.

Am 3. Dezember präsentierte die Freiburger Polizei dann den mutmaßlichen Täter im Fall Maria L.: einen jungen Flüchtling aus Afghanistan. Seitdem bekommt der „Fall Freiburg" bundesweite Medienöffentlichkeit und in den sozialen Medien überschlagen sich die Hass-Kommentare. Antirassistischen Initiativen wird, meist anonym, vorgeworfen, für den Mord verantwortlich zu sein – schließlich sei es die „Willkommenskultur", die den Täter ins Land gelassen habe und erst antirassistische Aktivist*innen hätten die Studentin dazu verführt, ebenfalls flüchtlingsunterstützend tätig zu sein. Der Freiburger Ortsverband der AfD reagierte erwartungsgemäß prompt. In einer Pressemitteilung bezeichnet sie Maria L. als „weiteres Opfer der Willkommenskultur", fragte rhetorisch „wo die ganzen Linken jetzt seien" und setzte für den 4. Dezember eine Spontankundgebung „gegen die Merkelsche Politik" an. Den zwanzig Rechtspopulist*innen standen 300 Gegendemonstrant*innen gegenüber. Diese konnten die Instrumentalisierung des Mordes weitgehend unterbinden – die AfD-Anhänger*innen wurden schließlich umringt von Antifaschist*innen und unter Polizeischutz zum nächsten Polizeirevier eskortiert. Gefährlicher als dieser recht lächerliche Auftritt auf der Straße ist jedoch die zunehmende Verbreitung der Argumente der Rechtspopulist*innen in den sozialen Netzwerken – auch weit über ihr eigenes Wählerklientel hinaus. Denn dort wird eine rassistische Stimmung angefeuert, die sich potentiell in Gewalttaten gegenüber Nicht-Deutschen, Feminist*innen, Linken und anderen AfD-Gegner*innen entladen könnte.

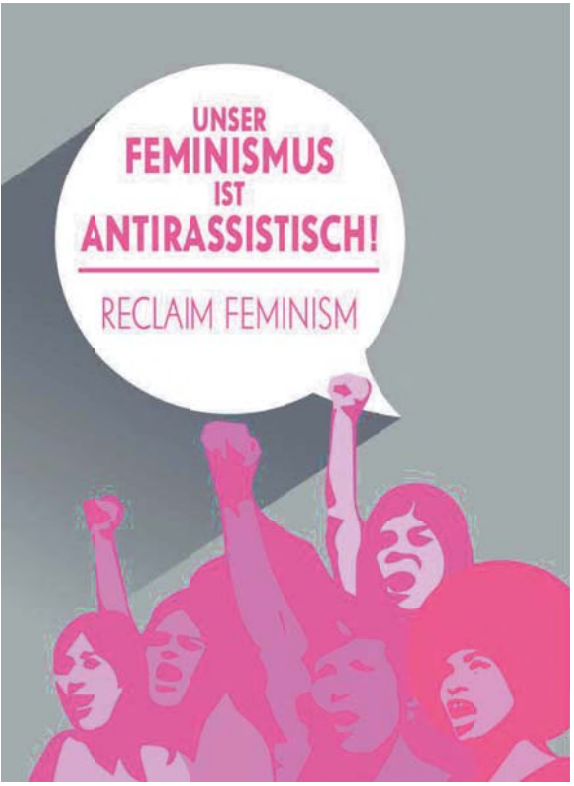
Argumente der Rechtspopulist*innen

Die Argumente der Rechtspopulist*innen sind so simpel gestrickt wie altbekannt. Ein überproportional hoher Anteil der in Deutschland ankommenden Flüchtlingen mache die Gruppe der jungen, alleinstehenden Männer aus. Die große Mehrheit dieser jungen Männer komme aus islamischen Staaten, besäßen demnach eine andere – sich von der deutschen fundamental unterscheidende – Kultur, die sich durch Frauenverachtung, religiöse und kulturelle Intoleranz und archaische, gewalttätige Umgangsformen auszeichnen würde. Dementsprechend seien sie nicht in der Lage, sich in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren und würden zu einem hohen Prozentsatz straffällig. Ihre Einreise sei nach Möglichkeiten zu verhindern und die schon hier Lebenden müssten schnellstmöglich des Landes verwiesen werden.

Der Freiburger Mordfall passt scheinbar perfekt in dieses Schema. Der mutmaßliche Täter ist ein junger Flüchtling aus Afghanistan – einem Land, von dem die meisten Deutschen nur wissen, dass es dort radikale Islamist*innen gibt und dass die Bundeswehr dort „ihre" Freiheit durch Brunnenbau verteidigt. Er entstammt also einer Gesellschaft, die stark durch den politischen Islam geprägt ist und in der die Missachtung von Frauenrechten trauriger Alltag ist. Das reicht als Argument zumeist schon: Wir konntet ihr Linken nur solche Leute ins Land lassen? Neben einer Schließung der Grenze und einer verschärften Abschiebepolitik wird von rechts nun auch gefordert, die rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich DNA-Entnahme und -Auswertung zu lockern und die Polizeikräfte aufzustocken. Letzterem stimmen auch weite Teile der liberalen Öffentlichkeit zu. In der öffentlichen Debatte werden die Rechtspopulist*innen gekontert durch sich ähnelnde Statements, etwa von Freiburgs grünem Oberbürgermeister Salomon, Angela Merkel und auch der Redaktion der örtlichen Badischen Zeitung. Sie betonen die rechtliche Kategorie der individuellen Schuld und warnen vor unzulässigen Verallgemeinerungen auf alle Geflüchteten. Sie stützen sich bei dieser sicherlich richtigen Aussage auf die Kriminalstatistiken, die regelmäßig bestätigen, dass es unter Geflüchteten im Vergleich zu den Einheimischen keine überproportional hohe Rate an Gewaltverbrechen gibt.

Das Problem: Patriarchat

Doch während die Rechtspopulist*innen den Fall für Hetze gegen Geflüchtete in Stellung bringen, bleibt auch die liberale Argumentation unzureichend. Zwar stimmt es, dass jede schwere Gewalttat gegen die sexuelle Selbstbestimmung ein Einzelfall ist. Doch die Täter*innen[1] bewegen sich nicht außerhalb der Gesellschaft, sie sind vielmehr deren Produkte. Die unzähligen Einzelfälle von Gewalt gegen Frauen sind über eine gesellschaftliche Struktur miteinander verbunden, die immer wieder männliche Subjekte hervorbringt, die in steter Regelmäßigkeit Gewalt gegen Frauen ausüben. Diese Struktur ist das Patriarchat, die strukturelle Herrschaft von Männern über Frauen.



Das Patriarchat ist eine globale Struktur: In allen Weltgegenden werden Frauen durch Männer unterdrückt und ausgebeutet. Was sich von Region zu Region unterscheidet ist der Grad und die Form dieser Unterdrückung. In diesem Sinne haben die Rechtspopulist*innen auch recht, wenn sie sagen, dass in muslimisch, genauer gesagt durch den politischen Islam geprägten Gesellschaften wie Afghanistan, Frauenunterdrückung weiter verbreitet ist als in bürgerlich-demokratischen Gesellschaften wie Deutschland. Aber auch in Deutschland bekommen Frauen weniger Lohn für die gleiche Arbeit, arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor, werden Opfer von sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt. Es wird Frauen allzu oft nahegelegt, sie seien das „schwächere Geschlecht" und immer noch werden ihnen oft Zuständigkeiten wie Kochen, Putzen und Kindererziehung zugeschoben. Es folgt hieraus keine Kausalkette zu Vergewaltigung und Mord, männliche Machtphantasien finden hier aber ihre alltägliche Bestätigung. Die meisten Vergewaltigungen in Deutschland werden nicht durch Fremde, sondern durch nahe Bekannte, (Ex-)Partner oder Familienangehörige begangen. Und immer noch wird den betroffenen Frauen häufig genug – wenn sie es wagen, zu berichten, was ihnen angetan wurde – eine (Mit-)Schuld an der Tat zugeschoben. Dies festzustellen ist keine Relativierung des Schreckens, den viele Frauen in islamischen Ländern Tag für Tag durchleben müssen, es verdeutlicht aber die globale Dimension des Herrschaftsverhältnisses Patriarchat.

Die „Lösungen", die von den Rechtspopulist*innen der AfD angeboten werden, machen deutlich, dass es ihnen in keiner Weise um die Bekämpfung der Ursache der Gewalt gegen Frauen geht, sondern sie gänzlich andere Motive antreiben: Nationalismus und Rassismus. Denn worauf laufen die „Lösungen" der AfD hinaus? Durch die Schließung der Grenzen, die Abschiebung der nach Deutschland Geflüchteten und die Verschärfung des Asylrechts werden keine Gewalttaten gegen Frauen verhindert, allenfalls verschiebt sich der Ort des Verbrechens. Menschen, die vor Armut, Perspektivlosigkeit, Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen, den Zutritt gewaltsam zu verwehren, ist vielmehr ein Programm der organisierten Unmenschlichkeit. Es gibt keinen vernünftigen Grund – solange man die Vernunft nicht einzig instrumentell versteht – die Zufälligkeit des Geburtsortes zum Kriterium zu erheben, ob jemand in einem Land leben darf oder nicht. Das unverdiente Privileg, über den Aufenthalt eines anderen Menschen entscheiden zu können, ist Resultat einer Geschichte der Gewalt, bei der man das schlichte Glück hatte, zufällig zur*zum Bürger*in eines Staates gemacht zu werden, der in einer relativ frühen Phase erfolgreich in den kapitalistischen Weltmarkt eingetreten ist.

Die plötzliche Entdeckung und Verteidigung von Frauenrechten durch die AfD ist keine fortschrittliche Entwicklung der rechtspopulistischen Partei, sondern die medienwirksame Darstellung des national-chauvinistischen Reflexes, das „kollektive Heimatfleisch vor fremder Entwertung" schützen zu wollen (wie es Richard Schubert in konkret 2/2016 ausdrückte). Hier findet keine Solidarisierung mit Frauen statt, sondern deren erneute Objektifizierung. Keiner Rede wert sind der AfD tatsächliche Frauenunterdrückung in den Herkunftsländern der Geflüchteten oder die Gewalt, der geflüchtete Frauen durch Partner, Familie, Sicherheits- oder Grenzpersonal auf der Flucht und im Ankunftsland ausgeliefert sind – genauso wenig wie der Großteil sexualisierter Gewalt, die hierzulande stattfindet. Ein tatsächlicher Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen müsste genau diese Bereiche betreffen und die Betroffenen unterstützen und einbeziehen. Erwartungsgemäß hat die AfD davon nichts zu bieten. Im Gegenteil betont sie in ihrem baden-württembergischen Wahlprogramm die Rolle linksliberale Selbstmissverständnis zu verlassen, dass es einen guten Kapitalismus ohne die immer wieder hervorbrechende Tendenz zur Faschisierung geben kann und es nicht etwa dieser gute Kapitalismus selbst ist, der gewissermaßen das Abjekte dieser gemütlichen Leute (in Form des rechten Mobs oder rechter Mehrheiten) immer wieder notwendig an sich hervortreibt.

Wie ist ein Bündnis mit dem Gegner möglich? Genau genommen ist es dies nicht, d. h. es ist möglich nur, wenn auch dieser Gegner nicht als geschlossene und in sich homogene Totalität gedacht wird, die von einer klaren, ungebrochenen Kontur umrissen wäre. Das Subjekt einer anarchistischen Politik wird nicht zunächst nach dem Modell der Person oder des menschlichen Körpers gedacht; und nicht einmal das einzelne menschliche Individuum kann in ihr nach diesem historischen Modell (als Rolle, Organismus oder kleine Totalität) gedacht werden. Das Subjekt einer anarchistischen Politik ist zunächst und vor allem eine Zusammensetzung von Praktiken, weshalb die Theorie dieses Subjektes nahelegt, dass die Front einer anarchistischen Politik – um einmal diese kriegerische Metapher zu gebrauchen – als ein „insofern" und „insoweit" auch noch quer durch jede*n Einzelne*n verläuft; und es liegt nur daran, welche Konstellation von Kräften die Anordnung (d. h. die Bewegungsregel) der Teile dominiert, den Elementen ihren Ort zuweist, die Richtung (des Ganzen) vorgibt und das Tempo bestimmt. Die imaginäre Front der anarchistischen Politik, die eben keine einfache Linie ist, die hier oder dort verläuft (weshalb diese Metapher eher ungeeignet ist), wird bestimmt durch die Resultante all jener Kräfte, die noch in jeder Einzelnen um Vorherrschaft ringen. Ihr Subjekt ist nicht zunächst ein Ensemble menschlicher Subjekte, sondern ein bestimmtes Ensemble von Praktiken, und was die einzelnen Menschen angeht, zählen nur diese. Aber insofern sie tatsächlich ganze Einzelne (menschliche Individuen) sind, zählt die Orientierung, die jeder Praxis ihre relative Funktion zuweist und über die Gravitationsrichtung entscheidet. Dies bedeutet aber, dass es keine Reinheit der Praxis gibt und auch kein einziges Mittel, das schon an und für sich notwendigerweise anarchistisch wäre – oder auch nicht.

Was an dieser Auffassung verstören mag, ist die Flüchtigkeit jedes einen äußerlichen Kriteriums. Revolutionäre Politik ist revolutionär nur in einer Unmittelbarkeit der Mittel, die einstweilen ebenso bedeuten kann, sich tagsüber ins Regime der Lohnarbeit zu fügen, – nur um es abends besser zu bekämpfen. Niemand ist befugt, für ein anderes Leben zu entscheiden, wie die revolutionäre Anordnung dieses Lebens sich individualisiert; die Evidenz, dass diese Anordnung nur revolutionär sein kann oder nicht, bleibt dadurch völlig unversehrt.

Anzeige

Stadtpolitik auch konstitutiv über das Problem isolierter Teilbereichskämpfe hinaus und stattdessen damit befasst, jeden dieser Kämpfe auf die jeweils anderen hin zu öffnen. Dies ist keine bloße Bündnis- politik, bei der verschiedene Kämpfe allenfalls strategisch assoziiert, zeitweilig auf ein Nahziel ausgerichtet und äußerlich verbunden würden. Es geht hier also tatsächlich um die diskursive und materielle Ausbildung eines uneinheitlichen, intern heterogenen und strukturierten Subjektes, das dennoch in entscheidenden Zügen wie aus einem Geist handelt, was zu erreichen eine ungeheure Vermehrung, Ausdehnung und Verschränkung der Foren und Diskussionen wie auch der materiellen Praktiken impliziert.“ [14]

Diese Passage ist gegen die Tendenz zur bloß oberflächlichen und flüchtigen Zusammenfügung eines politischen Subjekts geschrieben, welche, lediglich auf einen Punkt bezogen, flüchtig auch in dem Sinne ist, dass sie keinerlei von der gerade gegebenen Situation unabhängige und über sie hinausgehende Dauer aufweist. Ungenügend wäre eine solche Politik aber nur, wenn sie es bei dieser Art der Zusammenfügung ihres Subjektes bewenden lässt, denn ein solches Subjekt – ist gar keines. Es hätte jedenfalls keinerlei Chance, sich umfassend zu reproduzieren oder auch nur über einen sehr konkreten Zusammenhang oder Anlass hinaus zu erhalten. Dies aber scheint mir ein dringendes Erfordernis einer anarchistischen Stadtpolitik, überhaupt einer anarchistischen Politik zu sein, die, indem sie sich gegen alle Formen der Herrschaft entwirft, nicht nur die Depolitisierung der Ökonomie zurücknehmen muss, sondern überhaupt vor der noch keinesfalls mit hinreichender Deutlichkeit gestellten Aufgabe steht, eine andere (radikal föderalistische) gesellschaftliche Textur zu entwerfen und die deshalb nicht umhin kommt, gewissermaßen vom Ganzen her ins Ganze zu denken.

Bevor ich mir selbst abschließend noch eine Einwendung machen möchte, die das Gesagte (also diesen monströsen Holismus) wieder relativiert, möchte ich es zunächst noch etwas weiter bekräftigen und hier zu diesem Zweck eine Passage wiedergeben, die ich dem Zusammenhang einer Rezension der Flugschrift „An unsere Freunde“ (des Unsichtbaren Komitees) entnehme, die vor über einem Jahr in der Gai Dào erschienen ist. Sie umreißt den umfassenden Charakter dieser deshalb doch niemals sich schließenden Perspektive recht gut:

„Zu begreifen“, heißt es da, „dass die Macht kein Verhältnis reiner Äußerlichkeit gegenüber den Subjekten unterhält, heißt zweierlei: Zum einen, dass der Gegner die eigene Subjektivität mitproduziert, indem er die Bedingungen des Kampfes diktiert und diesen etwa auf „die Straße“ – eine vorübergehende Handgreiflichkeit in einem klar definierten Raum – reduziert. Zum anderen, dass die Macht sich immer auf das vitale Interesse der Subjekte selbst verlassen kann: ‚Solange die Perspektive einer Volkserhebung bedeutet, dass es an Pflege, Ernährung und Energie mangeln wird, wird es keine entschlossene Massenbewegung geben.‘ (ebd. 74) Diese Einsicht ist fundamental.

Sie leitet über zum Primat der Reproduktion, jedoch nicht als abgespaltener Bereich der Pflege und häuslichen Arbeit. Eher verlangt sie, die Perspektive der ebenso umfassenden wie sich ausweitenden Reproduktion eines sich organisierenden Subjektes einzunehmen und ins Zentrum der Kämpfe zu stellen, die Formen des Kampfes und die Formen der Reproduktion nicht voneinander zu trennen und [sie] auf einer grundlegenderen Ebene ununterscheidbar werden zu lassen. Denn die Trennung des Kampfes von der Reproduktion reduziert ersteren heute auf ‚Wahlkampf‘ und seine verschiedenen Komplemente (Straßenkampf, Widerstand, Protest ...), während wir mit letzterer tief im Sumpf abhängiger Arbeit stecken bleiben. Es ist nicht möglich, selbst einen städtischen Platz langfristig zu besetzen und gleichzeitig gezwungen zu sein, Miete zu zahlen, bei Aldi einzukaufen und arbeiten zu gehen, was zugleich bedeutet, in den alltäglichsten Verrichtungen seiner Vermögen enteignet zu sein und das Kapital durch sie zu stärken, anstatt diese Vermögen auf den Aufbau einer kollektiven Kraft zu verwenden, die in ihrem eigenen Recht besteht und dem Kapital entgegenwächst“.[15]

Zugleich erschiene es mir unglücklich, wenn dieser Ansatz der umfassenden Zusammensetzung und allseitigen Reproduktion eines kämpfenden Subjektes nun so verstanden würde, als sollte eine nur erst punktuelle Bündnispolitik, die zudem am Beginn eines weiterreichenden Prozesses der Einigung stehen kann, damit ausgeschlossen werden. Das soll sie nicht. Anarchistische Politik ist nicht präskriptiv. Sie schreibt nichts vor. In bestimmten Lagen kann ihre Prinzipienlosigkeit ihr sogar zur Zusammenarbeit mit dem vermeintlichen Gegner raten, nämlich gerade insofern und insoweit dieser Gegner – kein Gegner ist. Bündnispolitiken mit allen möglichen Leuten sind ja auch heute etwa im Antifaschismus wieder dringend angezeigt, selbst wenn es dazu erforderlich sein kann, sich zunächst einmal auch auf das

[14] Gai Dào Nr. 67, S. 20.
[15] Gai Dào Nr. 57, S. 20f. Diese Aufgabe ist offenbar enorm. Sie besteht darin, alle möglichen Tätigkeiten, die nötig sind, damit ein solches Subjekt sich wachsend reproduzieren kann, in einen Zusammenhang zu bringen.

der Klein-Familie, allein gedacht in der Konstellation Mann-Frau-Kinder, als „Keimzelle und Fundament der (deutschen) Gesellschaft“. Sie bewirbt aktiv die „Mutter-Vater-Kind“-Beziehung, will lebenslange Ehen fördern, die häusliche Erziehung und die Rolle der Mutter stärken. Die Rechtspopulist*innen positionieren sich dabei klar gegen Frauenrechte: Sie sind gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und stehen Abtreibungen ablehnend gegenüber. Die Frau soll in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau aufgehen. Gelder und Lehrstühle an Universitäten für Frauen- und Geschlechterforschung sollen gestrichen, Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte abgeschafft werden. In den eugenischen Träumen der völkischen Flügels der AfD sollen Frauen schließlich in der Rolle einer „Gebärmaschine“ für eine ausreichende Zahl an Kindern sorgen, um den „Fortbestand des deutschen Volkes zu sichern“. Klar ist: Das Thema Gewalt gegen Frauen ist den organisierten Antifeminist*innen der AfD keine Silbe wert, solange die Täter*innen[1] keine Flüchtlinge sind.

Das Auftreten von sexualisierter Gewalt einer „anderen Kultur“ anzulasten, ist ein rassistisch-essentialisierendes Argument – das zudem noch vom eigenen Sexismus ablenken soll. Geflüchtete Männer aus islamischen Gesellschaften sind ihrer kulturellen Prägung nicht willenlos ausgeliefert. Sie sind – ebenso wie Männer hierzulande – denkende Subjekte, die ihre Verstrickung in Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse reflektieren und verändern können. Dazu braucht es eine feministische Kritik an diesen patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse, eine kritische Reflexion von Männlichkeit, eine emanzipatorische Bewegung, die auch in unzugängliche Strukturen intervenieren will. Das wird nicht ohne Widerspruch möglich sein – daher braucht es dabei auch einen militanten feministischen Selbstschutz von Frauen für Frauen. Damit können zwar weder ein subjektives Sicherheitsgefühl wiederhergestellt noch Übergriffe oder gar Morde einfach verhindert werden. Feministische Intervention ist jedoch die einzige Form, der von patriarchalen Machtverhältnissen beförderten Gewalt gegen Frauen praktisch etwas entgegenzusetzen.

Gewalt gegen Frauen entsteht nicht aus dem Nichts, sondern ist Produkt einer strukturell frauenfeindlichen Gesellschaft – ob hier in Deutschland oder in den sogenannten „Herkunftsländern“. Wer sie bekämpfen will muss frauenfeindlichen Ideologien jeder Couleur eine deutliche und praktische Absage erteilen: Sowohl dem politischen Islam wie auch den neurechten Populist*innen der AfD. Wenn irgendwelche Schlüsse aus dem „Fall Freiburg“ zu ziehen sind, so ist es der, dass der Kampf für die (Selbst-)Befreiung der Frau transnational geführt werden muss, eben weil das Patriarchat ein globales Herrschaftsverhältnis ist.

[1] Redaktionelle Fußnote: Im Text der AG Freiburg stand hier ursprünglich „Täter“. Da in der Gaidao gegendert wird, haben wir nach Rücksprache mit den Leuten der AG Freiburg diese Stelle umformuliert. Dennoch soll damit nicht verschleiert werden, dass von den Personen, die Gewalt gegen Frauen ausüben, der Anteil der Männer sehr hoch ist. Mit dieser Fußnote möchten wir diesen Aspekt hervorheben. (die Gaidao-Redaktion)

Anzeigen

Anmerkungen zu anarchistischer Organisierung

In den Nummern 68 und 69 druckte die Gai Dào unseren im Sommer 2016 auf der Website www.alpineanarchist.org veröffentlichten Text „Revolution ist mehr als ein Wort: 23 Thesen zum Anarchismus“ ab. Darüber haben wir uns gefreut, ebenso wie über die Reaktionen aus den Reihen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), die uns direkt wie indirekt erreicht haben.

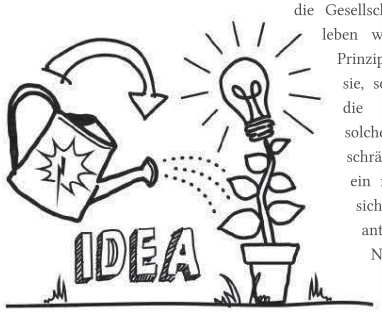
★ *Von: Alpine Anarchist Productions (AAP)*

Nachdem wir in unserem Text von einer Krise anarchistischer Organisierung sprechen, ist es verständlich, wenn sich Mitglieder der Föderation diesbezüglich genauere Erklärungen wünschen. In vielerlei Hinsicht hat die FdA dazu beigetragen, dass der Anarchismus in Deutschland organisatorisch so gut aufgestellt ist wie schon lange nicht mehr. Zusätzlich gibt es mit der FAU eine anarchosyndikalistische Organisation, die, wie es scheint, in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt hat. Und doch bleiben wir bei unserer Behauptung einer Krise anarchistischer Organisierung, weil das Schaffen einer vielversprechenden Infrastruktur und gelegentliche öffentlichkeitswirksame Ausreißer zwar Voraussetzungen für eine erfolgreiche Organisierung schaffen, mit dieser aber nicht gleichzusetzen sind.

Unter erfolgreicher Organisierung verstehen wir eine Organisierung, die es politisch denkenden und handelnden Menschen möglich macht, gesellschaftliche Entwicklungen kollektiv zu beeinflussen und Grundlagen für alternative Gesellschaftsformen zu legen. Wir wollen in diesem Text auf sechs Punkte verweisen, die unseres Erachtens zentral sind, wenn es darum geht, diese Hoffnungen einzulösen. Wie sehr diese Punkte in der FdA diskutiert werden, können wir nicht einschätzen, genauso wenig wie wir es uns als Außenstehende anmaßen dürfen, die Arbeit der Föderation zu beurteilen. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass diese Punkte für jede Form erfolgreicher anarchistischer Organisierung wichtig sind.

1. Das Formulieren von Ideen

Wie wir in unseren Thesen dargelegt haben, sind wir entschiedene Gegner*innen der Auffassung, dass das Formulieren konkreter Ideen für die Gesellschaften, in denen wir leben wollen, anarchistischen Prinzipien widerspricht, weil sie, so das Hauptargument, die freie Entwicklung solcher Gesellschaften einschränkt. Das ist nichts als ein rhetorischer Trick, um sich aus politischer Verantwortung zu stehlen. Natürlich müssen wir konkrete Ideen der Gesellschaften formulieren, die wir uns wünschen, um Menschen glaubwürdig vermitteln zu können, dass anarchistische Werte und Prinzipien ihr Leben verbessern können. Es sind die elementarsten Fragen, um die es geht: Wo soll unser Essen herkommen? Wer versorgt die Kranken? Wer produziert den Strom und wie gelangt er in unsere Wohnungen und Häuser? Wie und woher bekommen wir sauberes Wasser? Wie kommen wir von Hamburg nach München? Was passiert mit unserem Müll? Wer produziert Computer und all die anderen technologischen Geräte, an die wir uns so sehr gewöhnt haben? Wer kümmert sich um den atomaren Abfall? Wie gehen wir mit Menschen um, deren Verhalten eine Gefahr für andere darstellt? Wie lernen unsere Kinder lesen und schreiben? Wie kann ein soziales Netz für alle eingerichtet werden? Wie können Millionen von Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, diese demokratisch fällen? Und so weiter. Warum sollte irgendwer anarchistische Gesellschaften herbeisehnen, wenn es auf diese Fragen keine Antworten gibt?



2. Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Ideen müssen öffentlich vermittelt werden. Wir müssen Kontakte außerhalb unserer eigenen Kreise knüpfen. Dazu können – je nach den gegebenen Möglichkeiten – eine Reihe von Aktivitäten dienen:

* Infotische, um Materialien zu verteilen und mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Eine Alternative ist das Verteilen von Flugblättern oder Broschüren. Dies muss offensiv geschehen, das heißt an Orten, wo wir auf viele Menschen zugehen können. Sich in einer Ecke zu verkriechen und grimmig dreinzuschauen, gilt nicht und führt meist nur zur eigenen Frustration.

* Ein Engagement in lokalen Vereinen (Sportklubs, Kulturinitiativen), öffentlichen Einrichtungen (Jugendzentren, Bibliotheken), Massenorganisationen (Mieterschutzbünden, Genossenschaften) und an unseren Arbeitsplätzen. Dort können wir erstens soziale Beziehungen aufbauen und Vertrauen erwerben und zweitens anarchistische Prinzipien in interne Strukturen und Debatten einbringen. Ein subtiler Zugang ist hier in der Regel der erfolgreichste; alles, was nach Propaganda oder Missionierung aussieht, läuft schnell ins Leere.

* Das Schreiben von Leser*innenbriefen – an Lokalblätter genauso wie an große Tageszeitungen – ist eines der einfachsten Mittel, um ein

einfachen und eindeutigen Präfiguration unterscheidet und dem annähert, was ich versuchshalber als eine „fröhliche Prinzipienlosigkeit“ und ein „komplexes Denken der Politik“ [10] charakterisiert habe, als eine „Konstellation ineinandergreifender und sich gegenseitig stützender Taktiken, von Mitteln und Unmittelbarkeiten“, durch die eine anarchistische Stadtpolitik „in der Situation ein dieser Situation möglichst gemäßes Vorgehen entwickelt.“ [11]

Um die Voraussetzung einer anarchistischen Stadtpolitik zu etablieren, also die Vereinbarkeit von Radikalität und handelndem Anschluss an die Situation greifbar zu machen, habe ich mich von einigen mir interessant erscheinenden Tendenzen der „Kommunisierung“ abgestoßen, im Sinne zugleich der Anregung und kritischen Affirmation. Denn die Kommunisierung verspricht, sofort mit der Transformation der menschlichen Beziehungen und Verkehrsformen zu beginnen. Dabei ist mir bald die Nähe – verstanden als prekäre Distanz – der Kommunisierung zum Insurrektionalismus aufgefallen und die Tendenz, diese Transformation der menschlichen Beziehungen allein in den Momenten des Aufstandes, in seinen kollektiven Praktiken, Affinitäten und Gesten sich vollziehen zu sehen, die Tendenz also, die Kommunisierung auf die aufständische Situation zu beschränken. Mein Eindruck war, dass diese Tendenz einer totalisierenden Beschreibung der Situation entsprach, in dem Sinne, dass sie sich ganz einfach komplementär zu dieser Beschreibung verhielt. Aus der Perspektive einer totalisierenden Beschreibung der Situation musste der Aufstand als die einzig denkbare, radikale Reaktion erscheinen, die einzige, die eine solche Situation zuließ, denn der Aufstand stößt dieser Situation wie von außen zu oder lässt seine Transzendenz in ihr aufgehen. Dies schien mir jedoch gerade der Aufmerksamkeit für ihre je spezifischen Möglichkeiten und Gefahren und so zugleich einer radikal transformatorischen Perspektive zuwiderzulaufen, um an ihre Stelle diese Reinheit einer Transzendenz und dieses ganz Andere einer als Totalität gedachten Situation zu setzen.
Aufgrund all dessen, nicht aber um den Aufstand prinzipiell auszuschließen, habe ich dieser theoretischen Konstellation gegenüber von einem manisch-depressiven Bewusstsein gesprochen, das zwischen den Klippen eines Fatalismus und eines reinen Voluntarismus hin und her geworfen wird oder diesen Zwiespalt dadurch löst, dass es den Aufstand als mythisches „Auf-Einmal“ in eine fantastische Zukunft verschiebt.

Dieser Beschreibung einer gesellschaftlichen Totalität, deren konkrete Analyse sich gleichsam erübrigt, und ihres Anderen, dieser völligen Äußerlichkeit einer revolutionaristischen Politik, wollte ich die anarchistische Politik als eine radikale Politik entgegensetzen, die eine sehr enge Fühlung mit der Situation aufbaut und sich eine möglichst genaue Analyse der Lage erarbeitet, was es ihr erlauben würde, überaus feinschrittig zu operieren und sich beinahe tänzelnd in der Situation zu bewegen, ihre Spielräume aufzuspüren und zu nutzen, einen Verlauf zu antizipieren, im richtigen Moment ihr Schwergewicht zu verlagern usw.
Dies hat es mir also, um überhaupt erst die Möglichkeit einer anarchistischen Stadtpolitik behaupten zu können, erforderlich gemacht, zunächst die Beschreibung der Situation als Totalität, die durch die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise und der parapolitischen Arrangements[12] gänzlich bestimmt wäre, zu falsifizieren.

Anarchistisch wäre eine Stadtpolitik in dem mindestens vierfachen Sinn der Bedeutung des Wortes Anarchie. Denn Arché (gr.) heißt ebenso Herrschaft wie Anfang, Ursprung, Prinzip und Amt bzw. Berechtigung.
Wenn es eine anarchistische Stadtpolitik geben sollte, die, selbst ohne Anfang, Prinzip, und Berechtigung, sich in eine Bewegung, eine Situation und einen laufenden Prozess hineinbegeben würde, um sich in ihr zu orientieren und sie zu modifizieren[13], so mussten in dieser Bewegung, in dieser Situation und in diesem Prozess Spielräume aufgespürt werden, die sich einnehmen, nutzen und ausdehnen ließen, was eine gänzlich andere, keinesfalls totalisierende Beschreibung der Situation erforderlich machte.

Ich denke nun aber, dass der Charakter dessen, was ich zu beschreiben versucht habe, zumindest vorübergehend einige Unklarheiten nach sich ziehen konnte, auf die ich hier in aller Kürze zurückkommen möchte, um sie aufzulösen. Diese Unklarheiten betreffen die Struktur des Subjektes, seine Zeitlichkeit, die Flüchtigkeit oder Durchlässigkeit seiner Umrisse sowie die Art seiner Bündnisse.
Denn was hat es in dieser Perspektive und in Anbetracht der genannten Schwierigkeiten (einer Beschreibung von Übergängen und beweglichen Prozessen) etwa zu bedeuten, wenn von einer anarchistischen Stadtpolitik gesagt wird, dass sie von einer gegebenen Situation ausgeht und es zugleich von ihr heiß, dass sie „konstitutiv über das Problem isolierter Teilbereichskämpfe“ hinaus sei, während wir doch alle wissen, dass dieses Problem ein Aspekt eben jener Situation ist, von der ausgegangen werden muss, zumindest wenn wir der Charakterisierung und Selbst-Charakterisierung der (radikalen) Linken glauben dürfen, die man heute überall zu hören bekommt?

In einer anarchistischen Stadtpolitik hingegen, heißt es da, kämen „eine ganze Reihe distinkter Kämpfe zusammen, insofern diese Politik sich in all ihren Bereichen gegen jede Form der Herrschaft entwirft und jeder dieser Bereiche alle anderen in sich reflektiert. Damit ist anarchistische

[10] Gai Dào Nr. 67, S. 19.
[11] Gai Dào Nr. 69, S. 26.
[12] Gemeint sind alle Arrangements, die die Eigeninitiative der Leute bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten durch Mechanismen der Repräsentation, Vertretung, Vermittlung usw. stillstellen und bannen.
[13] Zweifellos nicht ohne sich selbst darin zu verändern.

soll; was die Anstrengung einschließt, nach Wörtern zu suchen, die geeignet sind, die bisher verwandten, „schwierigen Wörter“ zu ersetzen.[4]

Wenn man auch die Gefahr der „Wissenshierarchien“ hier zu Recht benennt, dann lediglich um den Autoritätsgeist zu bekämpfen und die reine, zufällige Unterschiedlichkeit des Wissens, indem man sie von jeder sozialen Hierarchie trennt, umso besser zu bejahen. Nicht aber um sich, durch die unerlaubte Form gekränkt, der Auseinandersetzung mit dem Gesagten zu entschlagen.
Ich halte die Auffassung, dass es ein allgemeines Wissen ebenso wie eine einfache Sprache gibt, die „alle“ verstehen und auf die sich zu beschränken, erst „allen“ die Teilnahme an einer Diskussion erlauben würde, für eine gefährliche und letztlich paternalistische Illusion. Keine Diskussion und keine wirkliche Begegnung beginnt mit einer gemeinsamen Sprache. Die gemeinsame Sprache ist das, was entsteht, was entstehen kann, wenn man sich auf die Begegnung einlässt. Die Diskussion, insofern sie weiterführt und uns die Welt gemeinsam besser begreifen lässt, als wir sie bisher alleine begriffen haben, zeichnet sich geradezu dadurch aus, dass sie aus unseren Unterschieden und unterschiedlichen Sichtweisen erwächst. Am Anfang steht nicht die gemeinsame Sprache. Am Anfang stehen Missverständnis, Dissens, Skepsis und Verwirrung. Die Diskussion kann sich also auf kein gemeinsames Wissen gründen, um ihre Garantien darin zu finden, und wo sie sich dennoch darauf gründen will, bleibt sie steril. Nichts passiert. Man bestätigt sich höchstens gegenseitig, was man schon weiß oder zu wissen meint. Worauf also kann die Diskussion sich gründen? Nur auf sich selbst! Gerade die Verbindung selbst zwischen einem Innen und einem Außen, zwischen Leuten, die (noch) keine gemeinsame Sprache haben, steht in ihr auf dem Spiel. Auf dem Spiel steht also die Herausbildung dieser Sprache als Prozess und so zugleich die Zusammenfügung einer größeren kollektiven Macht.

Man wird an diesen „wenigen Orten“ also auf eine Atmosphäre zählen oder doch hoffen dürfen, in der all jene, die sich hier begegnen, die Realität (im Medium der Sprache) in offenen Diskussionen[5] gemeinsam erkunden, um sie besser zu verstehen, was auch heißt, sich neue Möglichkeiten des Ausdrucks und der Differenzierung zu erschließen und sich eine gemeinsame und zugleich bessere Sprache so allererst zu schaffen. „Ohne unser Zutun“, schreibt Stirner, „bringt die Zeit das rechte Wort nicht zutage; wir müssen alle daran mitarbeiten.“ (ebd.)

Es wäre dies zugleich eine Atmosphäre, in der jede Pädagogik erstickt, die es für nötig hielte, erst die „Ungebildeten“ zu heben oder die „Gebildeten“ zu drücken, um alle gleich zu machen. Die wirklichen Voraussetzungen der auf sich selbst gegründeten Diskussion sind weiter nichts als die gleiche Intelligenz[6] und die Aufmerksamkeit aller Beteiligten, d. h. der doppelte Wille, sich mitzuteilen[7] und die anderen zu verstehen.

Ergänzungen und Präzisierungen zur Stadtpolitik

Diesen April habe ich mir im Rahmen einer Gelegenheitsarbeit die Frage vorgelegt, was eine anarchistische Stadtpolitik bzw. eine anarchistische Perspektive auf städtische Politik sein könnte. Meine Anfangsüberlegung war, dass es in ihrer Beantwortung nötig sein würde, eine sichere Radikalität und Höhe des Ideals (der Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse) mit dem handelnden Anschluss an eine gegebene, keinesfalls ideale Situation zu verbinden, also mit dem Ausgang von einer Situation, in der die Erreichung eines solchen Ziels oder auch nur die Annäherung an ein derartiges Ideal nicht unmittelbar in Aussicht steht.

Die Beantwortung dieser doppelten Forderung (Radikalität und Anschluss an die Situation) hat zu einer Reihe von Mischungen und theoretischen Übergangsfiguren[8] geführt, von beweglichen Figuren, deren Ort sich aufgrund ihres Charakters, einen Prozess der Transformation zu beschreiben, nicht mit Sicherheit bestimmen lässt. Übergangsfiguren oder Figuren in Bewegung, die, wenn auch ihr theoretischer Ort sich letztlich sehr wohl beschreiben lässt, doch zugleich auch grundlegend einer Politik angehören, die in der Ankündigung dieses kleinen Einstiegsvortrags als eine „unreinliche Politik“ [9] gekennzeichnet worden ist.

Wahrscheinlich zeichnet sich jedwede Transformation durch einen solchen Mangel an Reinheit aus, der selbst gewissermaßen eine Signatur des Übergangs ist, durch die Gleichzeitigkeit also eines Schon-Jetzt und eines Noch-Nicht, letzteres die – warum nicht? – präfigurative Politik einer Transformation doch zugleich von jeder

[4] Was womöglich gerade das Schwierigste ist.
[5] Offen im mindestens fünffachen Sinn: der Teilnahme, der offenen Aussprache, der Aufgeschlossenheit gegenüber den Argumenten der anderen, des Ausgangs und der Zwischenergebnisse, sowie der prinzipiellen Unabschließbarkeit.
[6] „Indem man nun die Gleichheit“, sagt uns Stirner, „als Gleichheit des menschlichen Geistes auffaßt, hat man allerdings eine alle Menschen einschließende Gleichheit entdeckt; denn wer könnte leugnen, daß Wir Menschen einen menschlichen, d. h. keinen andern Geist als einen menschlichen haben!“ (Der Einzige und sein Eigentum, Stuttgart 1972, S. 190). Was sonst noch wollte man in der offenen Diskussion voraussetzen?
[7] Hierzu hat man Texten früher mitunter ein Glossar seltener Wörter angefügt, was sich in Zeiten des Internets wohl erübrigt.
[8] Zu diesen gewissermaßen strukturell paradoxen Figuren gehören etwa der „Bruch als Anschluss an die Situation“ und die „Unmittelbarkeit in den Mitteln“, wobei letztere nur besagt, dass noch in den kleinsten Handlungen und unscheinbarsten Mitteln selbst eine Unmittelbarkeit dadurch aktiv ist, dass sie direkt auf den Zweck bezogen sind, so dass das Fernste im Nächsten gegenwärtig und auch dieses nicht „bloß Mittel“ ist.
[9] Vgl. www.nachbarschaftsakademie.org und blackpigeon.blogsport.eu.

ungeahnt breites Publikum mit Stellungnahmen zu erreichen. Die Themenauswahl ist schier grenzenlos und reicht von tagespolitischen Fragen zu Dauerbrennern wie Verkehr, Ernährung oder Erziehung.

* Medienarbeit: Die notwendige Kritik des herrschaftlichen und manipulativen Charakters der Massenmedien führt leider oft zu der Auffassung, dass jede Präsenz in diesen einem Verrat an anarchistischen Prinzipien gleichkommt. Das ist Unsinn. Die Medien sind ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeit und wenn wir in ihnen nicht präsent sind, bleibt auch unser Einfluss auf öffentliche Diskussionen beschränkt. Anstelle einer prinzipiellen Ablehnung der Medien sollte es eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen und ein entsprechendes Medientraining geben. Natürlich müssen alle Anfragen und Angebote der Medien sorgfältig geprüft werden, aber es ist von entscheidender Bedeutung, die richtigen Möglichkeiten wahrzunehmen und entsprechende Kontakte aufzubauen.

* Ein Klassiker: die Publikation eigener Schriften. Hier herrscht wenig Mangel. Das Problem liegt eher im Vertrieb. Teils ist es natürlich schwierig, anarchistische Publikationen zu vertreiben, aber teils hat es auch mit anti-kommerziellen Berührungsängsten und fehlendem Einsatz zu tun.

* Ein weiterer Klassiker: die Veranstaltung von Demos und Kundgebungen. Motto: einladend, bunt, anregend. Auch hier ist die Themenauswahl endlos.

* Das offensive Verwenden von Logos und Symbolen: So kritisch wir den Logo-Fetischismus unserer Tage auch betrachten mögen, so sind Symbole für das Wahrgenommen-Werden im öffentlichen Raum unabdingbar. Es verhält sich in etwa so wie mit linken Buchläden: man kann gerne von jedem kommerziellen Denken Abstand nehmen, verurteilt den Laden aber dadurch zum baldigen Ende. Wir bewegen uns und wir agieren im Kapitalismus, ein Außerhalb gibt es nicht. Die Überwindung dieser Verhältnisse kann nur in einem Sich-Herauswinden bestehen, der Kapitalismus ist kein Kleidungsstück, das wir nach Belieben ablegen können. Wenn wir sichtbar sein wollen, brauchen wir für unsere Ideen und Organisationen Symbole, die wir genauso als Buttons auf unseren Rucksäcken tragen wie als Siebdruck auf den Transparenten, die wir zu Demos mitnehmen.

* Die Mitgestaltung des öffentlichen Raumes durch Poster, Aufkleber und Graffiti. Wichtig ist dabei die Platzierung. Dort, wo die Kunst Menschen nur verärgert, sind entsprechende Bemühungen wenig wert. Es gibt zahlreiche Stellen, auf deren Verschönerung alle warten.

* Das Web 2.0 und die Neuen Sozialen Medien bieten zahlreiche Möglichkeiten, virtuellen Raum zu besetzen. Technophile Genoss*innen sollen sich auf dieser Spielwiese nach Lust und Laune austoben: Blogs, Online-Foren, Facebook, Twitter, Instagram, weiß der Teufel; je mehr, desto besser.

* Das Organisieren koordinierter Kampagnen: Die Lokalgruppen anarchistischer Föderationen sollten sich auf ein oder zwei Themen einigen, denen man während eines bestimmten Zeitraums besondere Aufmerksamkeit schenkt, weil man sie a) für besonders dringend hält, und b) meint, dass viele andere Menschen das auch tun. Alle der oben genannten Aktivitäten können dabei zum Einsatz kommen. Das ergibt einen Multiplikationseffekt, der die Bedeutung dieser Aktivitäten zusätzlich stärkt.

Zum Abschluss eine allgemeine Bemerkung: Wesentlich bei all diesen Aktivitäten sind Klarheit, Prägnanz und Humor. Ein Flugblatt, das zu kompliziert, lang oder trocken ist, liest niemand. Ein schickes Poster schauen sich mehr Menschen an als ein langweiliges. Es ist besser, innovative Inhalte zu erklären, als sie in der Form ungewöhnlicher Begriffe und Schreibweisen vorauszusetzen (diese können selbstverständlich verwendet werden, sobald sie erklärt wurden). All das hat nichts mit Populismus oder Opportunismus zu tun, sondern mit einer einfachen Rücksichtnahme auf grundlegende Regeln zwischenmenschlicher Kommunikation.

3. Bündnispolitik

Anarchistische Organisationen sind marginalisiert. Um gesellschaftlich Einfluss nehmen zu können, müssen sie Bündnisse mit anderen

Organisationen eingehen. Solche Bündnisse erlauben es auch, mit einem Problem umzugehen, dessen Lösungsversuche sich ansonsten oft im Kreise drehen, nämlich mit der fehlenden Vielfalt in den eigenen Reihen. Die meisten anarchistischen Organisationen des Globalen Nordens werden nach wie vor von einem bestimmten Klientel geprägt: weiß, männlich, heterosexuell, bildungsbürgerlich. Je vielfältiger die eigenen Gruppen, desto besser, daran besteht kein Zweifel. Die Gründe für die fehlende Vielfalt sind jedoch komplex und lassen sich trotz guten Willens oft nur schwer aus der Welt schaffen. In dem Moment jedoch, in dem anarchistische Organisationen in Bündnisse eintreten, die von Organisationen mitgeprägt werden, deren Klientel ein anderes ist, wird die eigene Identität relativiert und man erhält die Chance, sich als wertvoller Bündnispartner in vielfältigen Zusammenhängen zu erweisen. Dies ist für die Zukunft der anarchistischen Bewegung von zentraler Bedeutung.

4. Organisationsstruktur

Um die eben genannten Aufgaben bewältigen zu können, sind handlungsfähige Organisationen vonnöten. Eine bloße Formalisierung von Freundeskreisen ist zu wenig. Die Bezugsgruppe funktioniert in vielerlei Hinsicht wunderbar, ist aber kein Modell für breite gesellschaftliche Veränderung. Die Gesellschaft besteht nicht nur aus Freund*innen und nur Organisationen, die diese Realität anerkennen, können die Gesellschaft wirklich ändern. Wir brauchen also Organisationen, die es allen Menschen erlauben, sich gemeinsam zu organisieren. Persönliche Sympathien sind dafür nicht notwendig; notwendig sind jedoch Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit. Es muss möglich sein, Genoss*innen, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, um Erklärungen zu bitten, ohne als „autoritär“ verunglimpft zu werden. Hier bedarf es normativer Verschiebungen bzw. einer neuen aktivistischen Kultur. Das ist nicht zuletzt für die Bündnisfähigkeit anarchistischer Organisationen entscheidend.

5. Beispiele setzen

Anarchist*innen müssen an einer ihrer historischen Stärken festhalten, nämlich der Verwirklichung ihrer Ideale im Hier und Jetzt (was neuerdings oft mit dem großspurigen Begriff „präfigurative Politik“ umschrieben wird). Das gilt für alle Lebensbereiche: das Wohnen, die Ausbildung, die Arbeit, die Freizeit usw. Dass die besagte Verwirklichung immer nur beschränkt und mit Mängeln behaftet sein kann, tut ihrer Bedeutung keinen Abbruch. Nichts wiegt stärker als das konkrete Beispiel. Genau deshalb aber müssen die gerne bemühten „Mikrokosmen einer besseren Welt“ ihren Ansprüchen auch gerecht werden. Erstens dürfen sie nicht nur als isolierte Rückzugsgebiete dienen, sondern müssen auf breite gesellschaftliche Alternativen verweisen. Und zweitens müssen sie auch für Menschen attraktiv sein, die kein Interesse an gesellschaftlichen Nischen haben. Subkulturelle Reproduktion hat einen unbestreitbaren Wert, aber mit breiter gesellschaftlicher Veränderung hat sie nicht unbedingt viel zu tun.

6. Vorbereiten auf Krisensituationen

Eine besondere Aufgabe anarchistischer Organisationen liegt darin, sich auf Krisensituationen vorzubereiten. In Krisensituationen ist das Potential für gesellschaftliche Veränderung am größten. Nicht weil es Menschen in Krisensituationen am schlechtesten geht (das wäre eine vulgäre Deutung), sondern weil die herrschenden Kräfte ins Wanken kommen. In solchen Momenten entscheidet sich der Lauf der Geschichte.

Wollen Anarchist*innen dabei eine Rolle spielen, müssen sie Pläne dafür haben, wie sie in solchen Momenten agieren wollen. Ist dies nicht der Fall, werden sie mit großen Augen beobachten, wie sich andere diese Momente zunutze machen – im schlimmsten Fall reaktionäre Kräfte. Historische Studien können hier hilfreich sein. Wo etwa war die Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands während der Aufstände in der Weimarer Republik? Es wäre schön, eines Tages in Deutschland – und natürlich andernorts – anarchistische Föderationen mit mehr Schlagkraft zu erleben.

Anzeige

Nachtrag zur anarchistischen Stadtpolitik – Mit einer Vorbemerkung über unsere Sprache

Der folgende Text gibt einen Vortrag wieder, der am 22. September im Rahmen der „Nachbarschaftsakademie“ in Berlin und am 26. November im Kulturzentrum „Black Pigeon“ in Dortmund gehalten wurde. Er greift einige Überlegungen wieder auf, die in dem Artikel „Was ist anarchistische Stadtpolitik?“ (Gai Dào Nr. 66-69) veröffentlicht wurden, um sie zu präzisieren und zu ergänzen.

★ *Von: Jan Rolletscheck*

Vorbemerkung zur Sprache

In Dortmund hat dieser Vortrag (unten) zunächst eine Diskussion über „einfache“ und „schwierige“ Sprache provoziert und über die Ausschlüsse, welche diese oder jene real oder vermeintlich produziert. „Well, nothing is something that everybody understands“, sagt Wilko Johnson einmal in einem Interview über den frühen Punk.[1] Wie also anfangen, wovon ausgehen?

Anarchist*innen wissen sehr gut, dass ein Wissen zur Grundlage von Autorität werden kann. Das ist nicht neu. Platon hielt dem Recht des Stärkeren das Wissen entgegen, das zur Herrschaft berechtige.[2] Diese Dummheit zu bekämpfen, bleibt eine Aufgabe des Anarchismus in der Philosophie, auch wo die Philosophie sich gegen die Priester stellt. Hat in Europa lange Zeit die Kirche das geltende Wissen (im Latein) schon sprachlich monopolisiert, um die ganze gesellschaftliche Hierarchie daraus abzuleiten, so wurde in jener „Periode zwischen der Reformation und [der] Revolution“, die Max Stirner ganz einfach „die Untertänigkeitsperiode“ [3] genannt hat, die Bildung „als eine Macht“ anerkannt, die „den, der sie besaß, über den Ohnmächtigen, der ihrer entbehrte, empor[hob], und der Gebildete galt in seinem Kreise, so groß oder klein derselbe war, als der Mächtige, der Gewaltige, der Imponierende: denn er war eine Autorität.“ (ebd.) Wo dies aber geschieht, da gibt es – keine Diskussion. Die Autorität in jeder Form ist der Diskussion zuletzt feindlich. Man muss also den Geist der Untertänigkeit austreiben und zur „Ungezogenheit“ (ebd.) aufrühren. Sie gerade wird noch heute überall systematisch erstickt.

Man muss aber auch das Wissen von der Hierarchie trennen, um nicht gezwungen zu sein, beide gemeinsam zu bekämpfen und das intellektuelle Elend im anarchistischen Milieu unweigerlich zu konservieren oder noch zu vertiefen.

„Wo wird denn“, fragt uns Stirner (bezüglich der Schule), „an Stelle der bisher genährten Unterwürfigkeit ein Oppositionsgeist gestärkt, wo wird statt des lernenden Menschen ein schaffender erzogen, wo verwandelt sich der Lehrer in den Mitarbeiter, wo erkennt er das Wissen als umschlagend in das Wollen, wo gilt der freie Mensch als Ziel und nicht der bloß gebildete? Leider nur erst an wenigen Orten.“ (ebd.) Zu diesen „wenigen Orten“ will man die anarchistischen Stadtteilläden zählen dürfen, die hoffentlich noch lange immer zahlreicher entstehen. Hier wird man nicht darauf verfallen, das Wissen zu bekämpfen, um die Autorität zu treffen, weil man es versäumt hätte, beide zu trennen. Hier leben „Oppositionsgeist“ und „Ungezogenheit“ und das Wissen verschafft keine Autorität. Es wird nicht als Autorität gefürchtet oder respektiert, ganz so als steckte man in der „Untertänigkeitsperiode“ noch mittendrin. Hier wird man alles sagen, auch, dass ein Vortrag schwierig sei und man die schwierigen Wörter nicht verstehe. Dies aber nicht, um eine neue Polizei einzuführen, die nun alle „schwierigen Wörter“ verbietet und dazu anhält, sich zu den „einfachen Leuten“ in einer vereinfachten Sprache herabzulassen, was gerade die Hierarchie (sei es in der Herablassung oder im Verbot) weiterbestehen ließe. Man wird also sagen, dass man noch nicht versteht, jedoch nur um größere Anstrengungen in der Mitteilung dessen zu verlangen, was gesagt sein

MAX STIRNER

[1] www.zdf.de/kultur/aspekte/punk-aspekte-archiv-100.html
[2] Politeia, erstes Buch.
[3] Max Stirner, Das unwahre Prinzip unserer Erziehung oder der Humanismus und Realismus (Beiblätter zur Rheinischen Zeitung, Nr. 10 bis 19 vom April 1842), online: https://de.wikisource.org/wiki/Das_unwahre_Princip_unserer_Erziehung

das libertäre Prinzip des Vetorechtes und v. a. des Konsensentscheides gegenüber dem Mehrheitsentscheid scheint in vielerlei Hinsicht den normativen Forderungen der sozialistischen Ideale gerechter zu werden.

Souchy fasst in wenigen Worten einige politische Errungenschaften zusammen, die er der freiheitlichen Strömung des Sozialismus zuschreibt: „Die Anarchisten waren stets bemüht, auf die polis, die öffentlichen Angelegenheiten, in der Richtung von Fortschritt, Freiheit und Frieden einzuwirken. Sie gaben Anstoss zu Bürgerinitiativen, ehe das Wort in Umlauf kam. Der 1.Mai, Weltfeiertag der Arbeit, ist der Initiative der Chicagoer Anarchisten (1886) zu verdanken. […] In Mexiko waren es die Anarchisten, die als erste die Parole 'Land und Freiheit' lancierten und damit zu Urhebern der ersten Agrarreform Lateinamerikas (1917) wurden. In aller Welt standen die Anarchisten, zu denen sich später die radikalen Pazifisten gesellten, an der Spitze der antimilitaristischen und Antikriegsbewegung […] Der Widerstand gegen den spanischen Militärputsch im Jahre 1936 ging vor allem von den Anarcho-Syndikalisten aus. In Frankreich war es der Anarchist Louis Lecoin, der, ohne Abgeordneter zu sein, es fertig brachte, 1962 die Einführung des Zivildienstgesetzes für Militärdienstverweigerer zu beschleunigen." Außerdem berichtet Souchy in seinen Schriften über seine Erfahrungen in sozialistischen Projekten, die er in seinem Leben besuchen konnte. Zunächst einmal nennt er die Zeit der anarchistischen colectividades in Spanien (v. a. Katalonien und Andalusien) von 1936-39, in denen viele der freiheitlichen Prinzipien mehrfach verwirklicht werden konnten und die Politik „von unten" aus ging.

Des Weiteren nennt er die Colonia d'Aymare, eine kollektivistische Kolonie in Frankreich, die soziale Gemeinschaft von Topolambo in Mexiko, die israelischen Kibbuzim und die Bruderschaft Primavera in Paraguay, von all denen er sagt, dass es durchaus Versuche bzw. Erfolge im Sinne eines radikalen Sozialismus von Gemeinschaften waren. Auch müsste an dieser Stelle natürlich die Pariser Kommune (1871), der Aufbauversuch einer Räterepublik in München (1919) und der Aufstand der Matros*innen von Kronstadt (1921) erwähnt und als Versuch anerkannt werden, einen wahrhaft freiheitlichen Sozialismus aufzubauen, die jedoch wie so viele Projekte durch gewaltsame Unterdrückung und Mord in ihrem Weiterbestehen verhindert wurden. Es lassen sich jedoch auch soziale Errungenschaften in vielen anderen Lebensbereichen dem Einfluss des Anarchismus zurechnen. Z. B. kann die freiheitlichere Erziehung als vom Anarchopazifisten Leo Tolstoi und v. a. dem libertären Pädagogen Francisco Ferrer begründete Emanzipation betrachtet werden.

Das libertäre Wohnen der Hausbesetzer*innenszene ist von anarchistischen Ideen beeinflusst worden. Libertäre Gedanken finden sich auch in der Musik, Kunst und Literatur. Die Emanzipationsbewegung der Frau fand im Anarcha*feminismus eine sehr starke und radikale Ausdrucksform. Und auch im Kampf der Dekolonisation und der Bürgerrechtsbewegung konnten die herrschaftskritischen vom „Ungehorsam gegenüber dem Staat" (Thoreau) verwirklicht werden. Sicher haben die anarchistischen Ideen, wie am prominenten Beispiel David Graeber zu sehen ist, auch Einfluss auf die derzeitigen Protestbewegungen der Welt wie Occupy, Black Lives Matter, Idle no More und der LGBT-Bewegung. Auch die autonom verwalteten Gebiete von Chiapas und Rojava können als Enklaven eines radikalen Sozialismus verstanden werden. Ich hoffe hiermit nun einige überzeugende Beispiele aufgezeigt zu haben, in denen die Verwirklichung des Prinzips der sozialen Freiheit teilweise wahr geworden ist.

Fazit

Im Laufe der Beschäftigung mit Honneths „Die Idee des Sozialismus" und den anarchistischen Autor*innen konnte ich feststellen, dass in deren jeweiligen Theorien vielfältige Überschneidungen sowohl in der Kritik am dogmatischen Marxismus und falsch verwirklichtem Sozialismus als auch in der Konzeption eines auf einem normativen Prinzip beruhenden Sozialismus zu erkennen sind. Zu den drei von Honneth benannten konzeptuellen Versäumnissen des Sozialismus habe ich auf die diesen Kritikpunkten entsprechenden Stellen in den anarchistischen Werken hingewiesen und hoffe, so deren schon immer bestandene radikale Kritik aufgezeigt zu haben. Außerdem habe ich das von Honneth beschriebene Prinzip der sozialen Freiheit als Lebensform bzw. Gesellschaftszustand so ähnlich skizziert und begründet auch bei Landauer, Mühsam, Souchy usw. finden können. Es ging mir in dieser solidarisch-kritischen Ergänzung in erster Linie darum, auf die unzureichende Beachtung des Anarchismus aufmerksam zu machen, dessen genauere Kenntnis meiner Ansicht nach Honneth zu einer viel radikaleren Kritik verholfen hätte.

Literatur

- Honneth, Axel: Die Idee des Sozialismus. Berlin: Suhrkamp 2015
- Landauer, Gustav: Aufruf zum Sozialismus. Philadelphia: Büchse der Pandora 1978
- Landauer, Gustav: Die Revolution. Münster: Unrast 2003
- Buber, Martin: Pfade in Utopia. Heidelberg: Lambert Schneider 1950
- Mühsam, Erich: Trotz allem Mensch sein. Stuttgart: Reclam 2010
- Mühsam, Erich: Anarchist, Antifaschist, Freigeist. Berlin: Rudolf Rocker 2016
- Mühsam, Erich: Alle Macht den Räten!, www.anarchismus.at (27.09.2016)
- Souchy, Augustin: Anarchistischer Sozialismus. Münster: Unrast 2010
- Ward, Colin: Anarchismus als Organisationstheorie. Wilnsdorf-Anzhausen: Winddruck
- Bakunin, Michail: Sozialismus und Freiheit, in Von Borries/Weber-Brandies (Hg.) Anarchismus – Theorie, Kritik, Utopie. Heidelberg, Graswurzelrevolution 2013
- Findus: Kleine Geschichte des Anarchismus. Heidelberg: Graswurzelrevolution, 2010
- Honneth, Axel: in „Axel Honneth: Den Sozialismus zur Vollendung bringen", Fernsehsendung, Sternstunde Philosophie, SRF, 17.1.2016

Was Anarchist*innen seit Jahren sagen und was Liberale endlich hören müssen

★ *Von:* It's Going Down / Übersetzung: Kasimir, madalton, Raupe

Als FBI-Agent*innen am Mittwoch, dem 7. Dezember an der Texas A&M Universität von den Dächern aus hunderte Protestierende überwachten, gerieten schwer bewaffnete Bereitschaftspolizeieinheiten mit Demonstrierenden aneinander, welche eine von Preston Wiginton[1] organisierte Veranstaltung stören und beenden wollten. Preston Wiginton ist ein 51-jähriger ehemaliger Student der Hochschule und langjähriger Rassist. Die Veranstaltung war ein Vortrag von Richard Spencer, ein führender Ideologe innerhalb der anwachsenden „Alt-Right-Bewegung". Diese versucht, faschistischen, neonazistischen und weiß-nationalistischen Vorstellungen für die Generation Y ein neues Image zu verpassen, um einen rein weißen, faschistischen „Ethnostaat" zu erschaffen.

Die Auseinandersetzungen, welche auf dem Universitätsgelände ausbrachen, sind lediglich die neuesten in einer Reihe von zunehmenden Konfrontationen zwischen autonomen Revolutionär*innen und der rassistischen rechtsradikalen Bewegung[2], die als eine unterstützende Kraft des Trump-Regimes agiert, während sie versucht, es weiter nach rechts zu drängen. Auf einmal hörten Anarchist*innen und Antifaschist*innen, welche von der gemäßigten Linken bisher dämonisiert und beiseite geschoben worden sind, von Liberalen und Linken: „Ihr hattet schon immer Recht". Obwohl jedoch revolutionäre, anarchistische Ideen beginnen, eine weitläufigere Verbreitung zu finden, vieles von dem, was die Leute jetzt langsam wahrnehmen, sind Dinge, die wir schon seit Jahren sagen.

Und die Einsätze werden nur noch höher. Die rechtsradikalen Kräfte wachsen sowohl hier in den USA als auch überall auf der Welt. Sie keimen auf im Zusammenhang des drastischen Versagens vom Neoliberalismus sowie sozialistischer und linker Parteien, die aus sozialen Bewegungen herausgewachsen sind, wie Syriza und Podemos. Sie gedeihen auch durch die fortdauernden Konsequenzen einer umstrukturierten Wirtschaft, die buchstäblich Milliarden von Menschen abgehängt hat. Zudem laufen die industrielle Produktion und die Ausbeutung von Ressourcen, welche dieses System vorantreibt, weiterhin auf Hochtouren. Dieses Jahr markiert einen entsetzlichen Wendepunkt, da wir offiziell den Kohlenstoffdioxidmeilenstein von 400 ppm (parts per million, Teile pro Million) überschreiten. Jetzt sagen viele Wissenschaftler*innen und sogar Regierungsinstitutionen drastische Klimaveränderungen schon in unserer Lebenszeit als unabwendbar vorher und die Wettermuster verändern sich derzeit bereits rasant. Die Revolution, in dem Sinne, dass alles auf den Kopf gestellt werden wird, ist unausweichlich. Die Frage ist nur, wie wird sie beschaffen sein?

Während die ökologische Apokalypse vor uns am Horizont erscheint, deuten viele andere Zeichen in Richtung eines Anstiegs der Kluft zwischen Arm und Reich, der Ungleichheit in allen Aspekten und der massenhaften Unsicherheit und Prekarisierung für Arbeiter*innen und die Armen. Das ist Realität in den Stadtzentren sowie in den Appalachen. Überall stehen die Löhne still oder sind gesunken, Armut und Obdachlosigkeit weiten sich aus, die Gentrifizierung greift um sich und der Gesamtzustand der meisten Amerikaner*innen wird kontinuierlich weiter untergraben, während die Wohlhabenden noch reicher werden. Zudem nimmt die Repression auf den Straßen in US-Amerika weiter zu, da die Regierung immer mehr Gebrauch macht von Überwachungs- und Spionagemaßnahmen, die Zahl von Gefängnis-Insass*innen wächst stetig an, die Polizei tötet durchschnittlich drei Menschen am Tag und die Strafverfolgungsbehörden werden mehr und mehr militarisiert. Kurz gesagt, für die meisten Menschen wird die Lage schlimmer, nicht besser.

[1] http://www.star-telegram.com/news/state/texas/article118219408.html
[2] https://itsgoingdown.org/bern-notice-building-a-material-force-age-of-trumpism/

Dass Donald Trump an die Macht gekommen ist, signalisiert nur den beschleunigten Fortgang all dieser Realitäten. Trumps Plan beinhaltet, mehr Ressourcen ausbeutende Projekte durchzudrücken, obwohl wir gerade noch das Ende der Dakota Access Pipeline beobachten können. Er hat klargestellt, dass er demokratische Rechte aushöhlen und Überwachungsmechanismen weiter auszubauen will, gleichzeitig greift er Frauen, queere Menschen, migrantische Arbeiter*innen und Muslimas*Muslime an. Diese Maßnahmen werden begleitet von umfassenden Attacken auf die gesamte Bevölkerung, indem Gewerkschaften bedroht und grundlegende Sozialprogramme untergraben werden. Der Wohlstand fließt immer weiter aus unseren Händen direkt in die Taschen der Reichen.

Im Angesicht all dessen, einer wachsenden, aufständischen Rechten, dem bevorstehenden ökologischen Zusammenbruch, weitläufigen Attacken gegen Arbeiter*innen, die Armen, die Umwelt und diejenigen, die am verwundbarsten sind, fragen viele: „Wo ist der Widerstand?“ Die Antwort ist sonnenklar, aber sie liegt nicht in den Hallen der Macht, bei den Politiker*innen, den Gewerkschaftsführer*innen oder bei den großen NGOs. Stattdessen liegt sie bei den Widerständigen, bei den Blockierer*innen, bei den Menschen in Ski-Masken auf den Straßen, bei den Menschen, die in der ersten Reihe mit den Cops kämpfen. Bei den Menschen, die angreifen, verteidigen, organisieren, aufbauen und neu anpflanzen.

Wir leben in einer Zeit, die nicht nur durch eine ansteigende Krise und wachsende Reaktion gekennzeichnet ist, sondern auch durch explosiven und aufrührerischen Massenwiderstand und -verweigerung. Gleichzeitig war es niemals so eindeutig für so viele, dass die institutionelle und wählbare Linke absolut nutzlos ist. Die Krise, der wir uns gegenüber sehen, ist nicht nur die des Kapitals und der industriellen Zivilisation, sondern auch ihrer ach so loyalen Opposition, der Linken.

Vielleicht fangt ihr jetzt endlich an, zuzuhören.

Der Staat ist nicht neutral

Regierungen waren niemals ein Werkzeug, um das Leben von Menschen zu verändern. Sie waren immer eine Macht, die diese zugunsten der Interessen der Reichen und Mächtigen organisiert. Ein Staat ist eine Sammlung von hierarchischen Apparaten, der ein Gewaltmonopol in einem bestimmten Gebiet hält und die Fähigkeit besitzt, seine Macht durch Kontrolle durchzusetzen. Staaten existieren, um zu garantieren, dass die Spaltungen, die in der Gesellschaft existieren, nicht die allgemeine Machtordnung zerfallen lassen.

Wie Prole.Info schrieb[3]: “Egal wer die Regierung stellt, die Regierung hat ihre eigene Logik. Der Fakt, dass diese Gesellschaft in Klassen mit entgegenstehenden Interessen unterteilt ist, bedeutet, dass diese ständig dem Risiko gegenübersteht, sich selbst zu zerreißen. Die Regierung soll sicherstellen, dass dies nicht passiert. Ob die Regierung nun eine Diktatur oder eine Demokratie ist, sie kontrolliert alle Waffen und wird sie gegen die eigene Bevölkerung einsetzten, um dafür zu sorgen, dass wir weiterhin arbeiten”

Liberale zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. Sie präsentieren stattdessen einen demokratischen Staat als eine neutrale Institution, die einfach nur genug gute Menschen benötigt, die in ihr involviert sind. Wie jemand in „After Bern“ schrieb[4]: "Da existiert ein immenses System der Gewalt und Herrschaft über uns, das die Räder dieser Gesellschaft am Laufen hält. Obwohl es so wirkt, als hätten wir Einfluss darauf, unsere Leben zu gestalten, gibt es in Wahrheit eindeutige Kontroll- und Verwaltungssysteme, die gewährleisten, dass die allgemeine Gesellschaftsstruktur nicht bedroht wird. Egal, wer gewählt wird oder welcher politischen Partei du beitrittst, der Anschein von Einflussnahme durch die Bevölkerung, der Anschein von Demokratie ist eine völlige Illusion.“

Ein Staat ist kein neutrales Zusammenkommen von Menschen, stattdessen ist es ein Instrument kolonialer und klassistischer Diktatur. So war der amerikanische Staat schon immer organisiert[5]:“Amerika ist eine Siedler*innen-Nation, die aus Kolonien entstand, die von imperialistischen Kräften verwaltet wurden. Wie es John Jay, einer unserer Gründerväter, sagte: “Die Menschen, die das Land besitzen, sollten es regieren.”

Der Grund für das Zurückbleiben der allgemeinen Arbeiter*innenklasse und der verarmten Menschen in der Politik ist nicht, dass sich nicht genug Leute einbringen bei Veränderungsprozessen oder der Teilhabe innerhalb des Staates, sondern dass die Regierenden daran interessiert sind, den Status Quo zu erhalten. Dies war nie klarer als mit der Wahl von Donald Trump, nach der die gesamte politische Klasse nun antritt, mit einem Faschisten zusammenzuarbeiten, damit der gesellschaftliche Frieden gewahrt bleibt.

Der Staat ist darauf ausgerichtet, ein Gebiet im Interesse der Machthabenden mit Gewalt zu beherrschen und zu kontrollieren. Er ist kein Mittel, unsere Leben zum Besseren zu verändern.

Wahlen führen nicht zu gesellschaftlicher Veränderung

Die Überzeugung, dass die Wahlurne der einzig mögliche Weg ist, um eine Veränderung herbeizuführen, aber auch die Erträge der gewöhnlichen Menschen zu erhalten, ist eine komplette Täuschung. Sie ist außerdem ein Markenzeichen des Liberalismus und großer Teile der

[3] http://prole.info/wcpw.html
[4] https://itsgoingdown.org/bern-open-letter-newly-disheartened/
[5] https://itsgoingdown.org/bern-open-letter-newly-disheartened/

betrachtet werden. Hierzu die Worte Landauers: „Sozialismus ist zu allen Zeiten möglich, wenn eine genügende Zahl Menschen ihn will. Nur wird er je nach Stand der Technik […] immer anders aussehen, anders beginnen, anders weitergehen.“ Und passend zum prophezeiten Geschichtsdeterminismus: „Jetzt also werden wir zeigen, daß diese unsre Zeiten, daß unser bis zum Marxismus erblühter Kapitalismus keineswegs so aussehen, wie uns gesagt wird. Der Kapitalismus muß nicht in den Sozialismus umschlagen, er muß nicht untergehen, der Sozialismus muß nicht kommen […] Aber der Sozialismus kann kommen und soll kommen – wenn wir ihn wollen, wenn wir ihn schaffen“.

Martin Buber, Philosoph und Freund Landauers, zitiert diesen in „Pfade in Utopia“ mit folgenden Zeilen: ‚Eines Tages wird man wissen, daß der Sozialismus nicht eine Erfindung von Neuem, sondern eine Entdeckung von Vorhandenem und Gewachsenem ist'. Weil es so ist, ist Sozialismus zu allen Zeiten möglich“. Buber versteht den Sozialismus als eine Art „Aktualisierung von Gemeinschaftsgeist“, als geistige Revolution, als frommen Humanismus, der immer in Entwicklung bleibt. Und auch Mühsam betonte v. a. die moralische Bedeutung des Sozialismus, die schon in der Gegenwart Anwendung finden muss: „Sozialismus ist über die wirtschaftliche Begriffsdeutung hinaus ein sittlicher Zustand und ein geistiger Wert. […] er bedeutet auch Erfüllung […] der Forderung der Gleichberechtigung. […] Daß der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus treten soll, hat seinen Grund nicht in der praktischen Logik zweckdienlicher Ökonomie, sondern im moralischen Gewissen der gerechten Denkart. Wir verabscheuen den Hunger der Armen, und zwar um der Gerechtigkeit willen!“. Und auch in einem aktuellen Infoblatt zu Mühsam wird dieser mit folgendem prägnantem Statement zitiert: „Die anarchistische Organisation hat stets so auszusehen, dass sie im Kleinen das Bild der erstrebten freiheitlichen Gesellschaftsorganisation vorführt.“

Um aber auch die Selbstkritik der Anarchist*innen am Beispiel von Souchy zu beweisen, folgt hier nun ein Zitat aus einem Interview von 1977, welches in etwa der Intention Honneths entsprechen dürfte: „Die heute noch kursierenden Gesellschaftstheorien des Sozialismus, Anarchismus, Kommunismus usw. wurden im vorigen Jahrhundert aufgestellt. Angesichts des technischen, industriellen und sozialen Fortschritts, den es seither gegeben hat, müssen diese Theorien aufs neue überprüft werden“. In der Konklusion eines Vortrages erteilt Souchy schon 1975, ähnlich Honneth, dem historischen Versprechen Marx' eine radikale Absage: „Marxens Prophezeiung, der Kapitalismus werde unvermeidlich zur Massenverelendung und damit zur sozialen Revolution führen, hat sich als falsch erwiesen. Technischer Fortschritt und Industrialisierung haben die menschliche Gesellschaft radikaler verändert als soziale Theorien“ und aus der bitteren Erfahrung der gewaltsamen Revolutionen spricht er noch eine andere Wahrheit aus: „Alle von der marxistischen Ideologie inspirierten Revolutionen des 20.Jahrhunderts endeten mit Diktaturen. […] Durch Revolution zur Macht gekommene Herrschaftseliten sind neu aber nicht besser als traditionelle Machteliten. Wer mit Gewalt die Macht erobert, muss seine Macht mit Gewalt verteidigen.“

Als abschließendes Wort gibt er uns noch folgende Erfahrung mit auf den Weg: „Enden Revolutionen mit Diktaturen, dann werden neue Befreiungsrevolutionen erforderlich sein. Doch einmalige Revolutionsbefreiung bringt nicht die ganze Freiheit für immer. Befreiung erfordert Kampf, die Grundlage der Freiheit ist Gewaltlosigkeit, und eine freiheitliche Gesellschaft kann nur das Werk friedlicher Zusammenarbeit sein.“ Und damit die, den Menschen emanzipierende Geschichte noch weitergeht, hier noch einmal Landauer: „Immer wird Unrecht sich festsetzen wollen, immer wird der Aufruhr dagegen entbrennen. Der Aufruhr als Verfassung […] Das brauchen wir wieder: eine Neuregelung und Umwälzung durch den Geist, der nicht Dinge und Einrichtungen endgültig festsetzen, sondern der sich als permanent erklären wird. Die Revolution muß ein Zubehör unsrer Gesellschaftsordnung, muß die Grundregel unsrer Verfassung werden.“

Beispiele verwirklichter sozialer Freiheit

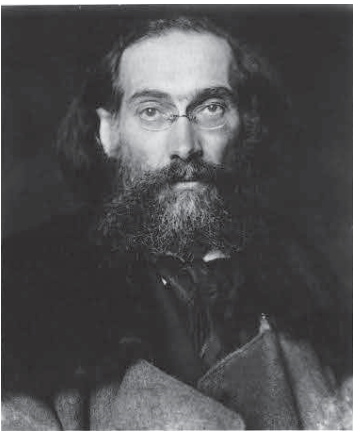
In diesem Teil soll es darum gehen, anhand von historischen Beispielen zu zeigen, welchen Einfluss die anarchistische Theorie auf den Emanzipationsprozess der Menschheit bisher gehabt hatte bzw. wie durch Anarchist*innen ein, der von Honneth angesprochenen sozialen Freiheit, entsprechender Gesellschaftszustand zeitweise verwirklicht werden konnte. Um diese Bespiele einzuleiten, ein paar Bemerkungen Mühsams zu seinem Begriff der „Freiheit als gesellschaftliches Prinzip“, welcher doch erstaunliche Ähnlichkeit mit dem Begriff der sozialen Freiheit aufweist: „Freiheit, als Freiwilligkeit jeder Leistung im Zusammenhang der Gesellschaft erfasst, ist nur vorstellbar, wo Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung gilt.“ Weiter heißt es: „Mensch und Gesellschaft können unter freiheitlichen Lebensverhältnissen niemals in Gegensatz geraten, sie sind gleichwertig, einander ergänzende Ausdrucksformen desselben Zustands.“ Besonders bezeichnend ist der auch schon von Mühsam getroffene Vergleich der Gesellschaft mit einem Organismus: „Die Gesellschaft der Freiheit ist ein Organismus, d.h. ein einheitlich und darum harmonisch schaltendes Lebewesen; das unterscheidet sie vom Staat und jeder Zentralgewalt, wo ein Mechanismus die Funktionen des organischen Lebens zu ersetzen sucht.“

Nun möchte ich aber die angekündigten sozialen Errungenschaften des Anarchismus aufzählen. Zunächst einmal soll betont sein, dass das herrschaftsablehnende Prinzip des Anarchismus politisch betrachtet nur durch ein echtes direkt- bzw. basisdemokratisches System verwirklicht werden kann. Und auch

befreiten Gesellschaft begriff: „Die werktätige Menschheit, also die Sklaven und Entrechteten, haben sich auf ihren Anspruch besonnen, an den Lebenswerten teilzunehmen. […] Aus der Schande tausendjähriger Entwürdigung als Kreatur der Männer ist 'das Weib' erwacht. Es will Mensch sein, die Rechte und die Anerkennung des Menschen haben“ und „zum erstenmale organisiert sich die Jugend gegen Autorität und Zwang.“ Eine soziale Freiheit konnte somit schon als ein normatives Prinzip verstanden werden, was für alle in allen Lebensbereichen gelten musste. Dass Mühsam die soziale Freiheit schon als ein alle betreffendes Prinzip verstand, geht aus folgendem Zitat hervor: „Freiwilliges Schaffen gleichberechtigter Individuen im Dienste der gegenseitigen Hilfe, so erhalten wir das soziale Programm einer Menschengemeinschaft, in der Freiheit das gesellschaftliche Prinzip ist.“

Auch Landauers Definition „Der Sozialismus ist die Willenstendenz geeinter Menschen, um eines Ideals willen Neues zu schaffen“ kann und muss so für alle Menschen gelten, nicht nur für eine vorherbestimmte, privilegierte Gruppe. Landauer weist zudem den klassischen Vorwurf der Marxist*innen an die Anarchist*innen, in diesem Falle von Marx an Proudhon zurück, lediglich „kleinbürgerlich und kleinbäuerlich“ zu sein „da eben Proudhon den Menschen […] seiner Zeit, vorwiegend Bauern und Handwerkern, prachtvoll gezeigt hat, wie sie sofort, ohne erst den saubern Fortschritt des Großkapitalismus abzuwarten, zum Sozialismus hätten kommen können.“

Als Kritik an der Organisation der Arbeiter*innenklasse in einer Partei und dem marxistischen Entsagen anderer Formen der Sozialisierung können die folgenden Zeilen Landauers gelesen werden: „Wahrlich, es stünde besser um den Sozialismus […], wenn wir statt der systematischen Dummheit, die ihr eure Wissenschaft nennt, die feuerköpfigen Dummheiten der Hitzigen und Brausenden und Überschäumenden hätten, die ihr nicht ausstehen könnt. Jawohl, wir wollen machen, was ihr Experimente nennt, wir wollen versuchen, wir wollen aus dem Herzen heraus schaffen“. Und auch Souchy, der viele vermeintlich sozialistische Revolutionen hautnah miterlebt hat, kommt in seinen Erfahrungen zu einem ziemlich ernüchternden Fazit: „Soziale Revolutionen, die die Produktionsmittel verstaatlichen, bringen nicht Wohlstand für Alle. […] In den westlichen Industrieländern, wo es keine marxistischen Revolutionen gab, ist der Wohlstand allgemeiner und der Lebensstandart höher als in den östlichen Industrieländern, die eine marxistisch-sozialistische Bedarfswirtschaft eingeführt haben. […] Das wissen auch die Arbeiter im Westen, und deshalb wollen sie vom Kommunismus nichts wissen. […] Die Mehrheit der Arbeiter will aber auch vom Anarchismus nichts wissen. […] Das ist die wirtschaftliche und psychologische Realität, mit der jede sozialrevolutionäre Bewegung heute rechnen muss.“



Gustav Landauer

Vielmehr müsste es also darum gehen, den Sozialismus als eine Art „Organisationstheorie“ zu verstehen, wie sie bspw. der zeitgenössische englische Anarchist Colin Ward in seinem gleichnamigen Aufsatz vertritt. In „Anarchismus als Organisationstheorie“ schreibt er u. a. über die anarchistische Theorie des Föderalismus: „Die klassischen Anarchisten, die sich die Organisation der zukünftigen Gesellschaft vorzustellen suchten, dachten dabei an zwei Formen der gesellschaftlichen Institution: Im Sinne einer territorialen Einheit an die commune […] und im Sinne einer Einheit für die industrielle Organisation dachte man an das Syndikat“. Über Proudhon, auf den das föderalistische Prinzip zurückgeführt werden kann, heißt es: „Für ihn hat das Prinzip des föderativen Zusammenschlusses bereits von der einfachsten Stufe der Gesellschaft an Geltung.“ Auch erwähnt Ward „die Theorie der spontanen Ordnung“ die auf den Anarchisten Kropotkin zurückgeht, der sowohl durch eigene historische Erfahrung als auch biologische Beobachtungen zur Erkenntnis eines spontanen Organisationsprozesses von Gemeinschaften kam. „Angesichts eines gemeinsamen Bedürfnisses wird eine zufällige Ansammlung von Menschen durch Versuche und Irrtümer, durch Improvisation und Experiment aus dem Chaos heraus Ordnung entwickeln“. Zusammenfassend hierzu lässt sich also sagen, dass durch die anarchistischen Ideen der freiwilligen Assoziation und der föderativen Gemeinschaften immer alle Mitglieder dieser Gemeinschaften gleichermaßen angesprochen sind.

Nun aber noch zu dem, auch von Honneth kritisierten Geschichtsdeterminismus. Gerade zu diesem Punkt finden sich etliche Kritiken der Anarchist*innen aller Generationen, da in ihr offensichtlich die dogmatische Tendenz des Marxismus besonders stark zum Vorschein tritt. Jegliche Veränderung zu einer besseren, menschenwürdigeren Existenz wird in eine weit entfernte Zukunft katapultiert und dadurch jeder Versuch, im Hier und Jetzt schon vorbildhafte Beispiele zu setzen, als zum Scheitern verurteilt erklärt, da das gesamte System noch nicht komplett umgestürzt worden sei. Es scheint wohl dieser repressive Aspekt des Marxismus gewesen zu sein, der aus einigen seiner Anhänger*innen wahre Tyrannen hat werden lassen. Zudem scheint es also die stete Einforderung der Anarchist*innen gewesen zu sein, die Ereignisse, Persönlichkeiten und Ideen der sozialistischen Bewegung immer auch schon in ihren Mitteln auf ihre normativen Prinzipien zu verweisen und die sogenannten „Führerpersönlichkeiten“, „Proletariatsdiktaturen“ und „Einheitsparteien“ nicht zu akzeptieren. Ganz im Gegensatz dazu forderten die Anarchist*innen nämlich stets, dass die Ideale schon in der Gegenwart angewendet werden mussten, um wahr zu sein. Ein falsches Mittel zum guten Zweck musste somit verworfen werden und jede Situation musste erneut auf ihre Gerechtigkeit hin kritisiert und korrigiert werden können. Das radikale sozialistische Prinzip der Libertären kann also als eine Art normative Selbstreflexion

Linken. Demokratie ist einfach Augenwischerei, die wir nutzen, um die Diktatur des Alltags zu überdecken.

Wie es Scott Campbell in „Trumping Fear, Finding Safety in Resistance” schrieb[6]: „Weil mehrere zehn Millionen Menschen von Trumps Wahl erschüttert sind und bei den meisten von ihnen auch der von Clinton angebotene, langsamere Tod keinen Anklang findet, greifen Kritiken des Wahlsystems um sich: Das verworrene System der Vorwahlen, die Korruption des Democratic National Commitee, das unzeitgemäße Konzept des Wahlmännergremiums etc. Jedoch wird durch diese Einwände nur nach Verbesserungen gesucht, die derzeitige Regierungsform wird aber als gegeben hingenommen.
Anstatt spezifische Fehler innerhalb eines unterdrückerischen Gerüsts aufzuzeigen, ist es konstruktiver, die Tatsache anzuerkennen, dass das System wie vorgesehen gearbeitet hat und dem Willen der Wähler*innen zwei Verkörperungen der elementarsten Grundsätze der Vereinigten Staaten dargeboten hat: Auf der einen Seite die neoliberale Imperialistin, auf der anderen der frauenfeindliche Verfechter weißer Überlegenheit. Wie ein Sprichwort sagt: „Egal, wen du wählst, sie gewinnen.“ Die Quelle unseres Unmuts, unserer Enteignung und unseres Todes kann nicht an der Wahlurne abgeschafft werden. Soziale Konstrukte von „Rasse“ und „Geschlecht“ können nicht abgewählt werden, genauso wie der Kapitalismus nicht mit einem Kreuzchen rückgängig gemacht werden kann. Drittparteien sind nichts anderes als Druckventile des Systems, die abweichende Kräfte dorthin in den Wahlprozess umlenken sollen, wo sie auf unbedrohliche Weise abgelassen werden können.
Die Illusion von Wahl- und Handlungsmöglichkeiten, die dem Wahlprozess innewohnt, ist eher ein Akt von Entmachtung und Kapitulation. Jetzt, da sich Desillusionierung breitmacht, besteht die Möglichkeit, die Unzufriedenheit mit dem Wahlsystem weiter zu verfestigen und alternative Vorschläge für ein gesellschaftliches Funktionieren anzubieten, bevor das System in zwei Jahren einen neuen Erholungsversuch startet und verkündet: „Wir müssen uns das Haus zurückholen...“ Dazu gehört, Narrative um Wahlen infrage zu stellen, den Mythos zu widerlegen, dass die Civil-Rights- und Black-Power-Bewegungen sich um das Wahlrecht drehten, dass Demokratie der höchste Ausdruck menschlicher Organisation und Freiheit ist und das psychische Gewicht und den gesellschaftlichen Wert von Wahlen zu untergraben. Wählen oder Nicht-Wählen ist nicht die Frage, sondern das Wählen zu entdinglichen und es angemessen in unseren aktuellen Kontext einzuordnen, während wir zu verstehen geben, dass die wirkliche Arbeit überall nur nicht an der Wahlurne stattfindet.
Hätte es nicht solch reale Auswirkungen, würde Wahlpolitik von Weitem lächerlich absurd wirken. Die Idee, eine Person auszusuchen, die über 320 Millionen Menschen herrscht, einzig und allein basierend auf dem Fakt, dass diese in einer willkürlichen, territorialen Konstellation zusammenleben, ist antiquiert, unlogisch in Bezug auf die derzeitige Weltordnung und auf diktatorische Weise unrepräsentativ.“

Wie Scott Jay schreibt[7]: „Wahlstrategien scheinen immer auf die eigene Finanzierung und Förderung fokussiert zu sein, mit gerade genug Lippenbekenntnissen, um ihnen den Glanz einer relevanten sozialen Bewegung zu geben, aber nicht viel mehr. Anstatt ein Startpunkt für gesellschaftliche Kämpfe zu sein, kann das Wahlsystem nur eine Sache. Dessen konkrete Strategien dienen nur dem eigenen Erhalt und nicht zu etwas Größerem. Statt Strategien zur Förderung sozialer Bewegungen zur Verfügung zu stellen, bietet es beinahe ausschließlich eine Rechtfertigung für die eigene Fortsetzung. Im Kontext eines Landes, das von zwei Parteien dominiert wird, heißt das meistens auf irgendeine Weise die Unterstützung der Demokratischen Partei, weil es mensch widerstrebt, der (scheinbar) einzigen Option zu schaden.“

Nirgends wird dies offensichtlicher als in der Kampagne von Bernie Sanders, die genutzt wurde, um Millionen von jungen, armen Wähler*innen sowie die Arbeiter*innenklasse zurück in die Arme der Demokratischen Partei zu lenken, nachdem sie acht Jahre lang von einem Präsidenten betrogen worden sind, der „Hoffnung” und „Veränderung” versprach, aber das Gegenteil lieferte. Nachdem Sanders absichtlich vom DNC (Democratic National Committee) zerstört wurde, wandte er sich dem Wahlkampf für Clinton zu und hat inzwischen sogar die Zusammenarbeit mit Trump akzeptiert.

Ungeachtet dessen wollten die meisten Menschen in den Vereinigten Staaten nichts mit der Wahl zu tun haben und haben nicht einmal gewählt. Wie der Blog “Where the River Frowns” aufzeigte[8]: „Schätzungen legen nahe, dass 128,8 Millionen Menschen[9] am Dienstag an der Präsidentschaftswahl teilnahmen, was 55,6% der wahlberechtigten Bevölkerung entspricht. Wenn jedoch Menschen dazugerechnet werden, die aufgrund von Alter oder Verbrechensstatus typischerweise übergangen werden, fällt der Prozentsatz auf nur 39,6% der gesamten US-Bevölkerung[10]. Von den Wählenden stimmten 59

[6] https://itsgoingdown.org/trumping-fear-finding-safety-resistance/
[7] https://itsgoingdown.org/jacobins-call-new-party-means-electoralism/
[8] https://itsgoingdown.org/u-s-elects-president-10-americans-strongly-supporting/
[9] http://www.electproject.org/2016g
[10] https://www.census.gov/popclock/

Millionen[11] für den Gewinner - gerade einmal 18,2% der gesamten Bevölkerung. Laut einer Studie des PEW-Forschungsinstituts[12] von Ende Oktober gaben von denen, die eine*n bestimmte*n Kandidat*in unterstützen, nur 55 bis 56% an, sie*ihn „besonders stark" zu unterstützen. Das bringt den Anteil der US-Bevölkerung, die den gewählten Präsidenten besonders stark unterstützen auf 10,2%."

Außerdem, ob in der Civil-Rights- oder Arbeiter*innen-Bewegung, waren es Aufstände, Besetzungen, Massenwiderstand und -störungen, die den Staat zwangen, Zugeständnisse zu machen, nicht der langsame, lange Marsch durch die Institutionen. Darüber hinaus hat der demokratische Prozess nur Rechte, Lebensstandards und verbesserte Bedingungen gewährt, die nach und nach von stärkeren, staatlich unterstützen Kräften wieder gestutzt wurden. Kurz gesagt: Undemokratische Mittel zwangen den Staat zu handeln, als die Kämpfe sich aber wieder auf die politische Ebene zurückzogen, gingen im Laufe der Jahrzehnte die Errungenschaften verloren.

Was das bedeutet, haben Anarchist*innen schon die ganze Zeit über gesagt. Dass der Weg der Wahl nicht nur nicht zu gesellschaftlicher Veränderung führt - von Revolution wollen wir gar nicht sprechen – sondern dass insgesamt ein Großteil der Amerikaner*innen den "demokratischen" Zwei-Parteien-Betrug ablehnt, an den sich die meisten Liberalen und Linken klammern oder von dem sie denken, sie könnten in ihm Alternativen entwickeln.

Wir müssen eine Bewegung außerhalb politischer Parteien und der Politik aufbauen

Die Wahlpolitik frisst Graswurzelbewegungen und -kämpfe auf, statt sie zu nähren. Wie Scott Jay schrieb[13]: „Wahl-Aktivismus unterstützt Wahl-Aktivismus. Er vertraut auf sich selbst, um sich selbst voranzubringen. Er spricht Menschen an, die von Wahlpolitik angezogen werden und nicht jene, die Klassenkampf betreiben. Weder braucht Wahl-Aktivismus den Klassenkampf, noch unterstützt er ihn, außer er könnte einen Nutzen aus den Opfern militanter Aktivist*innen ziehen, um sich zu einem geeigneten Repräsentanten einer sozialen Bewegung zu erklären, die er nicht hervorgebracht hat."

In den vergangenen acht Jahren sahen wir eine Vielzahl sozialer Bewegungen aufsteigen und fallen, die alle von der Wahlpolitik gestärkt und dann beiseite geschoben und vom Staat zerschlagen worden sind. Nach dem Einsetzten der ökonomischen Krise sahen wir die Ausbreitung von Campus-Besetzungen und die Explosion der Occupy-Bewegung. Obama zerschlug die Lager in einer Welle gewalttätiger Repression mithilfe von Homeland Security, behördlicher Zusammenarbeit und geheimen Absprachen der lokalen Polizeidienststellen.

Einige Jahre später sahen wir die Explosion der Ferguson-Aufstände, die sich schnell auf Baltimore, Oakland, Charlotte, Milwaukee und andere Orte ausbreiteten. Andere Massenkämpfe, -bewegungen und -erhebungen folgten auf dem Fuß, von #PrisonStrike über #NoDAPL bis zu den Massenstörungen und -aufständen infolge von Trumps Wahl. Dazu nochmal Scott Jay[14]: „Junge Menschen im ganzen Land lehnten sich in Rebellion gegen die Polizei auf, die sie während der letzten Jahre tötete. Sie haben sich wahrscheinlich nicht gefragt, ob ihr Handeln die Chancen der Demokratischen Partei auf eine Wiederwahl schmälern würde. Sie leben in komplett verschiedenen Welten. Die eine, wo Menschen um ihr Leben kämpfen gegen ein System, das sie zerstören möchte, eine andere, in der Menschen Baupläne für nationale Organisationen entwickeln, ohne Diskussion, wer sie eigentlich umsetzten wird. Die Jugend auf der Straße ist weniger mit dem Zugang zur Wahl beschäftigt, sondern mehr mit einer Kampfansage gegen das System, das versucht, sie umzubringen."

In all diesen Kämpfen erlangen sie jedoch ihre logischen und ethischen Schlussfolgerungen nicht durch Politik, die Wahl von Politiker*innen oder durch den Staat - sondern durch Aufstand und Umsturz dieser Systeme der Macht, der Ausbeutung und der Kontrolle. In allen Wahlkampagnen sehen wir aber das Gegenteil von dem, was gebraucht wird.

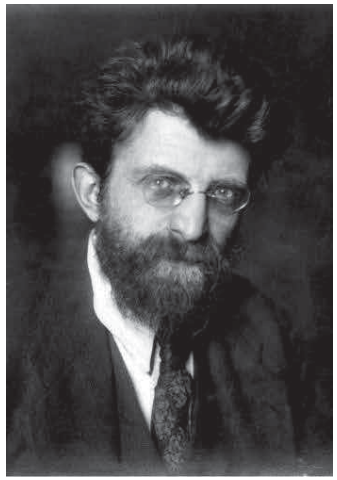
Wie After Bern kommentierte[15]: „In den gesamten Vereinigten Staaten sammelte die Sanders-Kampagne über 207 Millionen US-Dollar. Menschen klopften an Türen, klebten Sticker, organisierten Versammlungen und machten Anrufe. Was wäre, wenn wir all diese verschwendete Zeit, Energie und Organisation in etwas gesteckt hätten, das sich nicht um die Wahl einer*eines Politikerin*Politikers dreht? Was wäre, wenn wir diese Zeit, Energie und Organisation und diese hunderte Millionen Dollar in den Aufbau von Strukturen gesteckt hätten, die kämpfen, siegen und Land gewinnen können?
Trotz aller Rhetorik der Sanders-Kampagne, sein Gebrauch der Sprache von Occupy und Black Lives Matter, beides Bewegungen, die die Demokratische Partei unter ihren Absätzen zertrat, gab es keine

[11] http://www.nytimes.com/elections/results/president
[12] http://www.people-press.org/2016/10/27/2-factors-underlying-voter-preferences-positive-and-negative-voting/
[13] https://itsgoingdown.org/jacobins-call-new-party-means-electoralism/
[14] https://itsgoingdown.org/jacobins-call-new-party-means-electoralism/
[15] https://itsgoingdown.org/bern-open-letter-newly-disheartened/

im Privaten, in der demokratischen Willensbildung und der Wirtschaft. Die Ähnlichkeit dieser Forderung Honneths mit dem radikalen Prinzip der Herrschaftsablehnung des Anarchismus wird an dieser Stelle sehr deutlich. Die angesprochene notwendige Selbstreflexion der eigenen politischen Verhältnisse und Mittel und deren radikale Korrektur scheint mir nicht radikaler repräsentiert worden zu sein als durch die anarchistischen Prinzipien der Herrschaftslosigkeit und Gewaltfreiheit. Und auch wenn Honneth am Ende seines Buches von der revidiert sozialistischen „Lebensform" schreibt, „in der individuelle Freiheit, nicht auf Kosten, sondern mit Hilfe von Solidarität gedeiht", muss ich an die vielen anarchistischen Denker*innen, Bewegungen, Ereignisse, Projekte und Einflüsse denken. Aus all diesen Gründen möchte ich nun, anhand einiger ausgewählter Autor*innen die libertäre Idee des Sozialismus, den Anarchismus, vorstellen.

Die libertäre Idee des Sozialismus

Der anarchistischen Strömung des Sozialismus ging es von Anfang an um die Betonung der Unvereinbarkeit von Unterdrückung und Sozialismus, wie es ein berühmtes Zitat Bakunins belegt: „Wir sind überzeugt, daß Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit Sklaverei und Brutalität bedeutet". Die von allen Sozialist*innen geteilten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit ergänzten die libertären Sozialist*innen durch die prinzipielle Kritik an Herrschaft, Staat, Militär, der 'repräsentativen' Demokratie und teilweise auch der Gewalt. Außerdem wurde schon früh gleichfalls die Rolle des selbstbestimmten Individuums betont als auch auf das natürliche soziale Prinzip der Gegenseitigen Hilfe hingewiesen. Im Vergleich zu den marxistischen, fällt bei den anarchistischen Frühschichten die radikale Betonung der normativen Funktion des Sozialismus auf. Während die von Honneth angesprochene Fokussierung auf die ökonomische Sphäre also auf die Marxist*innen tatsächlich zutreffend ist, werden in den anarchistischen Schriften hingegen v. a. moralische Werte eingefordert, ganz im Sinne des Mühsam Zitates: „Denn die Gegenwart soll an die Zukunft keine Fragen stellen, sondern Forderungen!". Zudem möchte ich im Folgenden zeigen, dass auch die drei von Honneth angesprochenen Versäumnisse des dogmatischen Sozialismus bereits in der Kritik der Anarchist*innen standen. Diese Kritik haben besonders deutlich die beiden Anarchisten Landauer und Mühsam formuliert, deren Positionen ich hier vorstellen will.



Erich Mühsam

Deshalb nun zu 1. der Beschränkung auf die wirtschaftliche Sphäre. Mühsam hatte hierzu bereits 1929 passende Worte gefunden: „Doch beschränkt sich der Marxismus auf die Forderung der ökonomischen Gleichstellung der Menschen. Marx und Engels, denen hierin Lenin folgt, stellen zwar als letztes Endziel […] die Überwindung des Staates […] hin […] doch gelangt bei ihnen die freiheitliche Zielsetzung nirgends über hypothetische Hindeutungen hinaus. Ihre Theorien erschöpfen sich in wirtschaftlichen Analysen […] und gewähren der Darstellung der Freiheit als gesellschaftlicher Grundeigenschaft so gut wie keinen Raum." Auch als eine solche Kritik an der alleinigen Betonung der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse kann die von Landauer betonte Rolle der sozialen Revolution neben der auf Wirtschaft und (Herrschafts-)Politik beschränkten Revolution verstanden werden. So bezeichnet er in seinem Werk „Die Revolution" die soziale Revolution als friedlichen „Aufbau, ein Organisieren aus neuem Geist und zu neuem Geist". Außerdem stellt er in seinem „Aufruf zum Sozialismus" die zynische Frage, ob „es nicht von symbolischer Bedeutung" sei „daß das Grundwerk des Marxismus, die Bibel dieser Sorte Sozialismus Das Kapital heißt?" und schreibt hierzu weiter: „Diesem Kapitalsozialismus stellen wir unseren Sozialismus gegenüber und sagen: Der Sozialismus, die Kultur und der Bund, der gerechte Austausch und die freudige Arbeit, die Gesellschaft der Gesellschaften kann erst kommen, wenn ein Geist erwacht", welcher „fertig wird mit der Unkultur, der Auflösung und dem Niedergang, der wirtschaftlich gesprochen Kapitalismus heißt." Auch im Fazit des Anarchisten Augustin Souchys über seine Erfahrung mit den totalitären Systemen des sogenannten „real existierten Sozialismus", den er einen „semantischen Widerspruch" nennt, unterstützt dieser die von Landauer übernommene Vorstellung, „daß der Sozialismus nur schrittweise verwirklicht werden wird können; wie verstreute Inseln in einem kapitalistischen Meer" und schlussfolgert: „Der Kapitalismus wurde im totalitären Staat beibehalten. Kapitalistische Ausbeutung kann nur durch liberale sozialwirtschaftliche Reformen abgeschafft werden." Über den freiheitlichen Sozialismus schreibt er weiter: „Er kann nicht mit Gewalt von oben eingeführt werden, sondern muß durch freiwillige Anstrengungen von unten aufgebaut werden. Er repräsentiert nicht eine Form sondern eine Vielfalt ökonomischer Systeme. Er respektiert die menschliche Würde, stellt Mannigfaltigkeit und Freiheit an Stelle von erzwungener Einheit und Föderationen von Kommunen und Regionen an die Stelle von zentralistischer Regierung."

Komme ich nun aber zum zweiten Kritikpunkt Honneths, der Annahme der Arbeiter*innenklasse als einzige Akteurin der Befreiung. Hierzu mögen ein paar Zeilen Mühsams aus seinem „Idealistischem Manifest" zeigen, wie weit der Begriff der Emanzipation des Menschen bei ihm schon zu reichen vermochte, indem er sowohl die Befreiung der Arbeiter*innen der Welt, aber auch insbesondere die Emanzipation der Frauen und der Jugend als Teilaufgabe der gemeinsamen Aufgabe zur

Kategorien der Freiheit zu denken“. Die, wie er sie später benennen wird, demokratische Willensbildung, wurde sozusagen durch einzelne bevormundende Vertreter*innen des Sozialismus selbst verhindert, da sie für ihre Gesetze des historischen Materialismus keine notwendige Korrektur mehr für nötig hielten. Honneth stößt bei der Lektüre leider aller „Gründungsdokumente der sozialistischen Bewegung“ „auf dieselbe Tendenz, zugleich mit den liberalen Freiheitsrechten auch der auf ihnen gegründeten Willensbildung unter freien und gleichen Staatsbürgern keine Rolle mehr beim organisatorischen Aufbau der zukünftigen Gesellschaft beizumessen“. Aufzuzeigen, dass dies jedoch hauptsächlich auf die marxistischen Dokumente zutrifft, ist mir u. a. das Anliegen dieses Artikels. Ich frage mich, ob es vielleicht an der an Marx orientierten Literaturauswahl Honneths liegt, dass er die Kritik anderer Anarchist*innen außer Proudhon scheinbar nicht wahrgenommen hat. Ich denke v. a. an die Schriften von Godwin, Bakunin oder Kropotkin, die Honneth vielleicht eine etwas differenzierte Vorstellung der ersten Generation des Sozialismus hätten liefern können und die seine kritische Auseinandersetzung mit den ersten Krisen der sozialistischen Bewegung in vielerlei Hinsicht hätten unterstützen können, da sie viele seiner Kritikpunkte schon damals formuliert hatten. Der Vorwurf der „selbstreferentiellen Schließung der Theorie“, den er St. Simon und verständlicherweise Marx macht, kann so nicht an die Anarchist*innen weitergegeben werden. „Spätestens mit der Marxschen Theorie war insofern all das, was die erste Hälfte des 19.Jahrhunderts an sozialistischen Vorstellungen hervorgebracht hatte, zum geistigen Produkt ausschließlich einer revolutionären Arbeiterklasse erklärt worden“. Dass sich dieser dogmatischen Schließung des sozialistischen Diskurses zumindest über die Anerkennung der Arbeiterklasse als einziges revolutionäres Subjekt teilweise auch einige Vertreter*innen des Anarchismus beugten, will ich nicht bestreiten, dass es jedoch alle waren, möchte ich hiermit darlegend anzweifeln.

Erst die ersten Vertreter*innen der Frankfurter Schule nennt Honneth als jene, die „der soziologischen Fiktion einer revolutionären Arbeiterklasse zum ersten Mal empirisch begründete Bedenken entgegengebracht“ haben. Hierzu möchte ich im Folgenden v. a. auf die Kritik der beiden Anarchisten Gustav Landauers und Erich Mühsams aufmerksam machen, welche Honneth hier zu überspringen scheint. Die dritte von ihm überzeugend dargelegte Fehleinschätzung einiger erster Sozialist*innen, die Vorstellung der notwendig aus den unterdrückenden Verhältnissen des Kapitalismus hervorgehenden Erlangung eines neuen Gesellschaftsstatus, führt Honneth v. a. auf den Einfluss Hegels auf Proudhon und Marx zurück. Im Sinne eines „konfliktvermittelten Fortschrittsprozesses“ verstehe Marx „den Sozialismus insofern“ als das „vorläufig letzte Stadium“. Erst John Dewey schreibt Honneth die Kritik zu, dass es „dem Sozialismus durch die Unterstellung historischer Gesetzmäßigkeiten nahezu vollständig verwehrt geblieben“ ist, „sich selbst als eine Bewegung zu begreifen, die erst durch soziale Experimente herauszufinden hat, wie die leitende Idee sozialer Freiheit je nach den geschichtlichen Bedingungen am ehesten und besten zu verwirklichen wäre“. Hierzu werde ich v. a. auf die Positionen des Anarchisten Augustin Souchys eingehen.

Zuvor jedoch zu Honneths Anwendung der sozialen Freiheit, die er sowohl in einem „Sozialismus als historischen Experimentalismus“ als auch in einer „demokratischen Lebensform“ verwirklicht sieht. In Anlehnung an Hegel und Habermas vertritt Honneth im dritten Kapitel die These, dass die soziale Freiheit in einer Gesellschaft dann vorhanden ist, „wenn alle ihre Mitglieder möglichst ungehindert und zwanglos an der für sie charakteristischen, bedeutungsvermittelten Kommunikation teilnehmen können“ und spricht damit die politische Bedeutung einer frei stattfindenden Willensbildung an. V. a. im Anschluss an Hegel und Proudhon spricht er von der Überwindung der Kommunikationsbarrieren und benennt als Ziel seiner Auseinandersetzung einen „sich experimentell verstehenden Sozialismus“, einen Sozialismus als historischen Experimentalismus. Hierbei geht es ihm auch um eine Sozialisierung bzw. Humanisierung von verschiedenen Sphären, in denen die soziale Freiheit institutionalisiert werden soll. Als politischer Akteur soll in diesen aber nicht mehr nur eine historisch dazu auserwählte Arbeiter*innenklasse bzw. die sie vermeintlich repräsentierenden Herrschenden agieren, sondern eben alle Bürger*innen zu jeder Zeit, an jedem Ort. Dieser normative Anspruch kann durchaus als eine humanistische Forderung im Sinne eines universalen Menschenrechtes verstanden werden. Es geht Honneth hier um den Wert der „demokratischen Willensbildung“, den es „nach der Vorstellung des klassischen Sozialismus“ (des dogmatischen, marxistischen) „zukünftig als eine solche gar nicht mehr geben dürfte.“ Um den Fehler in den Theorien der Frühsozialist*innen zu beheben, nämlich das „fruchtbare Modell der sozialen Freiheit“ ausschließlich auf die wirtschaftliche Sphäre anwenden zu wollen, skizziert Honneth im letzten Teil seines Buches ein Gesellschaftsmodell als Organismus. Diese als Organismus verstandene Gesellschaft bestehe aus Sphären, die als Organe betrachtet werden können, die ähnlich den biologischen Organen dem Organismus zu dessen „Gesundheit“ bzw. Funktionalität verhelfen. Entsprechend diesem Bild wäre das Ziel eine emanzipierte Gesellschaft und ihr Zustand die soziale Freiheit, in dem die großen Ideale Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit oder dadurch eben auch die Menschenrechte verwirklicht sind. Die drei von Honneth benannten gesellschaftlichen Sphären sind das sogenannte Private, Politische und das Ökonomische.

Die politischen und damit auch moralischen Akteure können in den jeweiligen Sphären durch individuelle Handlung, Beispiel und Anerkennung die soziale Freiheit verwirklichen. Hieraus geht meiner Ansicht nach hervor, dass es sich bei der angesprochenen sozialen Freiheit um eine normative Forderung zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale handelt, welche als ein immer potenziell anzuwendendes soziales Prinzip gilt. Insbesondere durch die Betonung der privaten Sphäre beschreibt Honneth, dass die Frühsozialist*innen die soziale Freiheit „als eine normative Vorlage auch für Bedingungen“ hätten „nehmen können, die in Ehe und Familie herrschen müssten, damit sich deren Mitglieder zwanglos in ihren jeweiligen Lebensplänen ergänzen können“. Ein revidierter Sozialismus ginge also „davon aus, daß alle drei Bereiche Handlungssphären bilden, in denen Bedingungen eines zwanglosen Füreinanders und damit Verhältnisse sozialer Freiheit herrschen sollten“ und dies jeweils in nicht-repressiven Verhältnissen

„politische Revolution”. Mehr noch: Diejenigen, die durch Sanders motiviert wurden, stehen nun bereit, direkt in die Maschinerie der Demokratischen Partei eingeführt zu werden.“

Wir müssen starke, dynamische Graswurzel-Organisationen, -Banden, -Netzwerke und -Bewegungen von unten aufbauen, nicht von oben herab. Sie müssen ihren Ursprung in unseren Nachbar*innenschaften, Arbeitsplätzen, Schulen und Gemeinschaften haben, nicht in den Hallen der Macht. Wir müssen Wege finden, um zusammenzukommen und unsere kollektive Kraft und Macht zu verstärken und sie nicht sinnlos in Wahlen verschleudern. Wir brauchen kämpfende Bewegungen mit Zähnen, nicht jämmerliche Versuche, einen Platz am Tisch der Macht zu erlangen.

Revolutionäre und konfrontative Aktionen bringen Menschen in kämpfende Bewegungen, sie stoßen sie nicht ab

Liberale und ein Großteil der Linken behaupten, konfrontative Taktiken würden uns mehr schaden als sie nützen, ob es nun um das Einschmeißen von Scheiben oder Straßenblockaden geht. In Wirklichkeit zeigt sich aber jedes Mal, wenn sich so etwas auf den Straßen und in unseren Gemeinschaften abspielt, dass dies nicht der Fall ist. Tatsächlich bringen Konfrontationen und Störungen – sprich: Physische Kämpfe – mehr Menschen ein, als es das Halten von Schildern und Schreiben von Leser*innenbriefen jemals getan hat. Wenn überhaupt, zerstören Miesmacher*innen und die Kontrollversuche von Protest-Manager*innen und Liberalen soziale Bewegungen, nicht die kämpferischen Aktionen, die revolutionär und zum Teil gewalttätig sein können.

Dies sehen wir in allen gesellschaftlichen Bewegung und Kämpfen. Durch die Aufstände, Blockaden und Zusammenstöße mit der Polizei bei Occupy Oakland nahm die Größe und das Ausmaß der Bewegung zu. Sie selbst wurden inspiriert von den Oscar-Grant-Aufständen und den studentischen Besetzungen mehrerer Jahre zuvor. Die Aufstände von Ferguson ermutigten Jugendliche im ganzen Land, führten zu anderen Aufständen und Rebellionen und zogen Zehntausende an. Trotz der Versuche von „Führungspersönlichkeiten“ innerhalb der „Black Lives Matter”-Bewegung, die Demokratische Partei zu unterstützen, die Bewegung auf die Ebene der staatlichen Politik zu führen und auf einfache Reformen zu reduzieren, entwickelt sich die Bewegung weiterhin und bleibt seit mehreren Jahren kämpferisch und revolutionär. Der landesweite #Prison-Strike, koordiniert von innen durch Graswurzel-Gefangenen-Organisationen und von außerhalb durch Unterstützer*innen-Gruppen, begann mit gewalttätigen Aufständen, Erhebungen und Zusammenstößen mit dem Wachpersonal.

Im Kampf gegen die Dakota Access Pipeline wurde eine Vielzahl von Taktiken angewandt, um das Projekt zu stoppen, von Brandanschlägen gegen Arbeitsgeräte, über Massendemonstrationen, friedliche Gebetswachen bis zu Attacken auf Banken. Im Zuge von gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Wasserschützer*innen, Polizei und DAPL-Sicherheitskräften explodierte die Bewegung, als gesehen wurde, wie die Beschützer*innen entschlossen ihr Leben an den Frontlinien riskierten. Noch jetzt strömen Tausende nach Standing Rock.

Liberale und Linke behaupten, dass konfrontative Aktionen Menschen abschrecken, sich zu beteiligen. Wir denken, das Gegenteil ist der Fall. Wenn Menschen sehen, dass ein Kampf echt ist, wenn es um etwas geht, wofür es sich zu kämpfen lohnt und Menschen ihre Körper aufs Spiel setzen, kommen sie in Scharen. Es ist der symbolische und legalisierte Protest, der wirkungslos ist und von dem sich am Ende viele Menschen abwenden.

Selbstverteidigung ist nicht das Gleiche wie Faschismus

Faschismus zielt auf das Errichten eines autoritären Staates und muss seine Gegner*innen zerschlagen, um seine Macht auszubauen. Wenn wir sie stoppen wollen, müssen wir sie aufhalten und von den Straßen vertreiben, ihnen keine Plattform und kein Viertel lassen.

Aber während die radikale Rechte als reaktionäre Bewegung infolge der „Black Lives Matter"-Proteste angewachsen ist und ebenfalls zu einer unterstützenden Kraft innerhalb der Trump-Kampagne geworden ist, wiederholen die Liberalen und Teile der Linken eine Flut unsinniger Aussagen über jene, die alles riskieren, um dem Faschismus entgegenzutreten. Insgesamt argumentieren Liberale, dass die Anwendung von Gewalt gegen den Faschismus oder um Faschist*innen aufzuhalten und ihnen keine Plattform zu bieten, genauso schlimm sei wie die Taten der Faschist*innen – dies sei der „wirkliche Faschismus".

Wir denken, dass das Gegenteil wahr ist. Seit der Präsidentschaftswahl kam es zu hunderten von „Hassverbrechen", da Trumps Sieg die autonome, radikale Rechte bestärkt hat, wie niemals zuvor. Im Zuge der Angriffe auf Menschen in den USA ist aber auch die antifaschistische Position stärker als je zuvor, dass kämpferische und militante Aktionen gegen Faschist*innen gemeinschaftliche Selbstverteidigung sind. Wenn du keinen Faschismus willst, wird du gegen ihn kämpfen müssen. Punkt. Jene, die diesen Kampf aufnehmen, handeln aus Selbstverteidigung und jene, die Risiken auf sich nehmen, verdienen unsere Unterstützung. Eine Bewegung, die diejenigen verrät, die zu ihrer Verteidigung kämpfen, ist ihren Namen nicht wert.

Wir brauchen eine soziale Revolution

Die politischen, ökologischen und ökonomischen Kräfte und Krisen, die gegen uns gerichtet sind, zeigen, dass die Zeit nicht auf unserer Seite steht. Der Staat wird immer repressiver, die ökologische Situation immer aussichtsloser und die Ökonomie lässt uns immer mehr verarmen und prekärer leben. Die radikale Rechte wird immer stärker, während „die Linke" in ihrer institutionalisierten Form schwächer und schwächer wird.

Die Bewegung, die wir brauchen, ist weder ein Kopie der Vergangenheit, noch gibt es ein „wissenschaftliches" Programm einer Revolution, das wir befolgen könnten. Wir betreten ein Gebiet, das neu und anders ist als jede andere Periode der Geschichte. Wir wissen nur, dass wir eine dynamische, kämpferische Bewegung brauchen. Wir brauchen Netzwerke der Verteidigung, der Unterstützung und der offensiven Kräfte, die nicht nur in den Kämpfen aktiv sind, die uns umgeben, sondern beginnen können, neue Welten aufzubauen.

Die Linke, wie sie durch die „Regeln" sozialer Veränderung und Revolution definiert ist und die von marxistischen Leninist*innen, Bernie-Brüdern und Auto-Aufkleber-Liberalen vorangetrieben wird, ist am Ende.

Wir sind diejenigen auf der Straße. Wir sind diejenigen, die kämpfen. Von indigenen Kämpfer*innen, über antifaschistische Aktivist*innen, militante Mitglieder schwarzer Befreiungsbewegungen bis zu anarchistischen Revolutionär*innen, wir sind alle Teil einer anwachsenden Kraft, die etwas Neues aufbaut. Und wir sind es, die den Kurs unseres eigenen Schicksals bestimmen, der uns ein für alle Mal aus diesem Albtraum heraus bringt.

Originaltext
https://itsgoingdown.org/what-anarchists-have-been-saying-for-years-and-what-liberals-should-start-hearing/
(Englisch)

Anzeigen

Die libertäre Idee des Sozialismus – Eine anarchistische Anmerkung zur „Idee des Sozialismus" von Axel Honneth

Dieser Essay bezieht sich auf das 2016 erschienene Buch „Die Idee des Sozialismus" des Philosophen Axel Honneths. Die darin enthaltene Idee der sozialen Freiheit soll hier durch die libertären Ideen, v. a. der Anarchisten Gustav Landauers, Erich Mühsams und Augustin Souchys, ergänzt werden. Ich möchte die Kritik an den Versäumnissen des Sozialismus teilen, jedoch darüber hinaus zeigen, dass vielen Anarchist*innen die angesprochenen Probleme eines falsch verwirklichten Sozialismus bereits zu allen Zeiten der sozialistischen Diskurse bewusst waren und zeigen, dass die Kritik und Praxis der libertären Sozialist*innen schon immer eine echte Alternative zu den tatsächlich unzureichenden bzw. verzerrenden Forderungen der Marxist*innen, Sozialdemokrat*innen und Liberalen war.

★ *Von: Benjamin*

Die soziale Freiheit bei Axel Honneth

Axel Honneth gilt heute als einer der Vertreter*innen der sogenannten dritten Generation der Frankfurter Schule bzw. der durch diese begründeten Kritischen Theorie. Diese sich von Anfang an als post-marxistisch bzw. kritisch-marxistisch verstandene Denker*innen-Schule (um Adorno, Horkheimer, Marcuse, Benjamin, Fromm, später Habermas, heute z.B. Jaeggi, Loick und eben Honneth) zeichnete sich von jeher durch eine solidarisch-kritische Analyse und Kritik v. a. von Philosophie, Soziologie, Psychologie und politischer Theorie aus. Dass sich Honneth in seinem neuesten Buch nun auch mit den Ursprüngen des Sozialismus beschäftigt, scheint für einige Zeitgenoss*innen ein längst überholtes Projekt, für andere jedoch eine mit Freuden erwartete, bisher von ihm ausgebliebene Positionierung zu sein.

Klar strukturiert erörtert Honneth in vier Kapiteln, was die ursprüngliche Idee aller Sozialist*innen einmal gewesen sein muss, wie es zu den drei großen Fehleinschätzungen bzw. Versäumnissen des theoretischen Sozialismus kam und wie die ursprüngliche Idee in revidierter Form wieder von Nutzen für die heutigen Gesellschaften gemacht werden könnte, dies sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht. Bereits im ersten Kapitel erwähnt Honneth die „normative Rückbindung an die Ideale der Französischen Revolution". Die Bestrebungen zur Verwirklichung der Ideale Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit benennt Honneth als die „eigentlichen moralischen Antriebskräfte der neuen Bewegung". Über die Frühsozialist*innen selbst schreibt Honneth hierzu, dass sie alle „ohne es schon recht zu wissen, an dem Versuch" laborierten „den liberalen Begriff der Freiheit so zu erweitern, daß er mit dem anderen Ziel der 'Brüderlichkeit', irgendwie vereinbar wird". Lediglich Luis Blanc und der Anarchist Pierre-Joseph Proudhon seien in ihrer Freiheitskonzeption schon „einen Schritt weiter" gewesen. So betonte z. B. Proudhon, dass die wahre Freiheit der*des Einzelnen die Freiheit der Anderen nicht einschränken, sondern eher bedingen bzw. bestärken würde. Jedoch hätte erst Karl Marx ein zukünftiges Gesellschaftsmodell entworfen, „in der Freiheit und Solidarität miteinander verschränkt sein sollen" und von dem er selbst glaubte, „an einem Ziel angekommen zu sein, das für seine sozialistischen Vorgänger trotz aller Anstrengungen noch außer Reichweite war".

Am Anfang des zweiten Kapitels betont Honneth die entscheidende Rolle der von ihm aufgezeigten Idee der sozialen Freiheit, welche er als das „Lösungswort für die Versöhnung der drei […] in Spannung begriffenen Prinzipien" begreift und welche nur wahrhaftig „frei' genannt werden" kann, wenn sie in solidarischen Gemeinschaften unter freien Individuen als ein ‚füreinander' tätig sein" gelebt wird und in diesem Sinne einer „kommunitären Lebensform" entspräche. Dass die sozialistischen Bemühungen zur Umsetzung der normativen Prinzipien jedoch leider von „Geburtsfehlern" geprägt waren, lässt sich laut Honneth v. a. auf die folgenden drei konzeptuellen Fehleinschätzungen zurückführen: 1. die Beschränkung auf die wirtschaftliche Sphäre, 2. die Annahme eines aus der Unterdrückung entspringenden revolutionären Akteurs (des Proletariats) und 3. der angenommene, notwendig aus der Geschichte erfolgende Zerfall des Kapitalismus.

Über den ersten Punkt schreibt Honneth zusätzlich, dass durch die auf die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse betonte Bewegung (v.a. durch die marxistische Strömung) versäumt wurde, die „demokratische Aushandlung gemeinsamer Ziele ebenfalls in